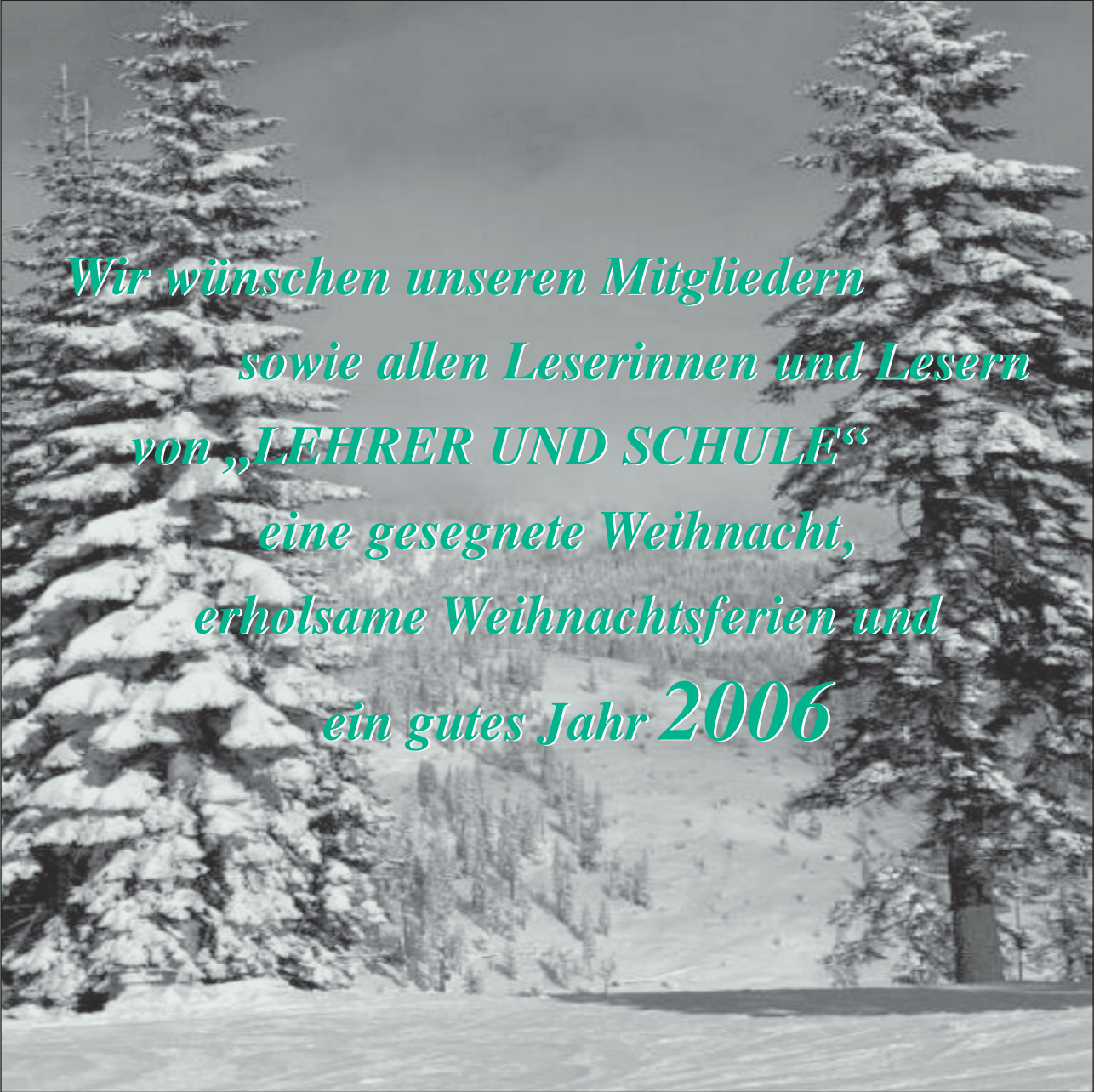


# Lehrer und Schu le



*Wir wünschen unseren Mitgliedern  
sowie allen Leserinnen und Lesern  
von „LEHRER UND SCHULE“  
eine gesegnete Weihnacht,  
erholsame Weihnachtsferien und  
ein gutes Jahr 2006*

»Lehrer und Schule«  
Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung,  
Landesverband Hessen e. V.

Herausgeber:  
Verband Bildung und Erziehung (VBE),  
Landesverband Hessen e. V.

Landesvorsitzender:  
Helmut Deckert  
Im Eichhof 5 · 36391 Sinnthal

Redaktion:  
Hermann Beck  
Im Langenmorgen 29 · 35794 Mengerskirchen  
Telefon: (0 64 76) 5 62 · Telefax: (0 64 76) 4 19 02 46  
E-Mail: h.beck-mgk@t-online.de

Landesgeschäftsstelle:  
Niedergärtenstraße 9 · 63533 Mainhausen-Zellhausen  
Telefon: (0 61 82) 89 75 10 · Telefax: (0 61 82) 89 75 11  
E-Mail: vbe-he@t-online.de  
Homepage: <http://www.vbe-he.de>

Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:  
Gebrüder Wilke GmbH  
Druckerei und Verlag  
Caldenhofer Weg 118 · 59063 Hamm  
Telefon: (0 23 81) 9 25 22-0  
Telefax: (0 23 81) 9 25 22-99  
E-Mail: [info@wilke-gmbh.de](mailto:info@wilke-gmbh.de)

Die offizielle Meinung des VBE geben nur gekenn-  
zeichnete Verlautbarungen der satzungsgemäßen  
Organe des VBE wieder. • Für unverlangte Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung unver-  
langt zugesandter Bücher und deren Besprechung  
bleibt vorbehalten. Nachdrucke nur mit schriftlicher  
Genehmigung der Redaktion.

Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht  
und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die  
Redaktion behält sich Kürzungen vor. Rechtsansprüche  
können aus der Information nicht hergeleitet werden.

ISSN 1860-739X

## Kommentar

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,



in Berlin regiert eine neue Regierung. Man könnte meinen, dass für uns und die hessischen (Bildungs-)Belange Berlin eben weit weg ist. Aber weit gefehlt. Die von der großen Koalition vereinbarten Vorhaben beschreiben in manchen Teilen ein Horrorszenerario, wie es unser Bundesvorsitzender Dr. Ludwig Eckinger formulierte. Und Recht hat er! Wer Bundeskompetenzen im Bildungs- und Besoldungsbereich auf die Länder überträgt, fällt ins Postkutschenzeitalter zurück. Da bauen wir nach außen am gemeinsamen Europa und nach innen vergrößern wir den bildungspolitischen Flickenteppich.

Wir brauchen dringend eine gestärkte KMK und einen Nationalen Bildungsrat, der einvernehmlich verlässliche und deutschlandweite Rahmenbedingungen für Bildung setzen kann. Es kann keinem einleuchten, dass wir das Rad 16-mal neu erfinden müssen – zumal in Zeiten knappen Geldes.

Bildungspolitisch ist die Föderalismusreform ein Desaster, weil sie 17 (den Bund eingeschlossen) verschiedene Besoldungs- und Ruhestandsregelungen schafft. Das bedeutet in der Praxis 16 verschiedene Besoldungen der Lehrkräfte und ihrer Pensionäre. Dabei werden die so genannten reichen Länder den armen Bundesländern die guten Lehrkräfte abwerben (um nicht abkaufen zu sagen), weil gerade junge Menschen, die mobil sind, es schaffen, auch ihre eigenen Bedürfnisse zu sehen. Solche Verhältnisse, die an die Bundesliga erinnern, brauchen wir nun im Bildungsbereich gewiss nicht, aber unsere Volksvertreter in Berlin sind da beratungsresistent – unterstützt von den Ministerpräsidenten, unserem hessischen eingeschlossen.

Schon jetzt wuchert im bildungspolitischen Bereich in den Ländern ein Dickicht der Bürokratie, das Lehrer mehr und mehr verantwortlich macht für Dinge, die sie nicht zu verantworten haben. PISA lehrt uns auch, dass wir dringend mehr Selbstständigkeit für die Schulen brauchen. Neue Führungselemente – wie z. B. Lehrerbeurteilung, Schulinspektionen oder Budgethoheiten – dürfen nicht einfach in der Hierarchie „von oben nach unten“ verlagert werden, sondern müssen auch eine neue Qualität bekommen. Die Zeiten behördlicher Visitationen sollten vorbei sein. Stattdessen brauchen wir Teamgeist und Vereinbarungen über Werte und Erziehungselemente an den Schulen. Wir brauchen die staatlichen Schulämter als Service-Agenturen!

Von oben nach unten gehört aber das Bildungssystem umgekrempelt. Wenn uns z. B. IGLU die gute Arbeit der Grundschulen bescheinigt, dann müssen wir doch schleunigst unser Bildungssystem vom Kopf auf die Füße stellen. Immer noch geben wir das (knappe) Geld genau umgekehrt aus: Je jünger die Schüler, desto weniger Geld sind sie uns wert! Das ist sträflich ...

... ebenso, wenn jetzt unter dem Deckmantel von PISA eine neue Schulstrukturdebatte losgetreten wird. Die alten bekannten Feindbilder von Einheitsschule und Selektionsschulen werden wieder wach. Wir sollten sie schleunigst wie weiland der Zauberlehrling wieder in die Ecke schicken, weil uns das nichts nutzt. Über eine veränderte längere Grundschulzeit mit differenzierter und differenzierender Hauptstufe (Klassen 5+6) könnten wir aber vielleicht einmal nachdenken. Schließlich ist die Grundschule kein Kinderkram, sondern der Einstieg in die Bildungskarriere.

Wenn man dann in der Grundschule strategische Ziele, wie z. B. das Lesenlernen bis zur 2. Grundschulklasse setzt, dann sollte man neben dem Begriff auch die Erkenntnis aus dem militärischen Bereich übernehmen: Strategische Ziele sind solche, denen sich andere unterzuordnen haben, die mit ganzer Kraft verfolgt – und für die auch die benötigten Ressourcen bereitgestellt werden. Solange uns aber Differenzierungs- und Förderstunden fehlen, nutzt die ganze Diagnostik nur wenig, weil der Diagnose die Therapie abhanden kommt.

Es ist Adventszeit – und da darf man sich auch etwas wünschen. Ich wünsche uns in 2006 mehr Gemeinsamkeit in Fragen von Bildung und Erziehung, mehr Ressourcen, die unseren Einsatz und unser berufliches Ethos belohnen und nicht ausbeuten – und Ihnen allen gesegnete Weihnachten und den guten Start in ein neues Kalenderjahr.

Ihr Helmut Deckert  
(VBE-Landesvorsitzender)

Im letzten Heft von „Lehrer und Schule“ hatten wir Hinweise zur Vorsorgevollmacht und zur Patientenverfügung. Aufgrund vieler Nachfragen sind die entsprechenden Erläuterungen und Darstellungen mit allen nötigen Formblättern nunmehr auf Diskette zu haben. Bitte bestellen Sie diese bei Bedarf für 4.00 € Schutzgebühr bei der Geschäftsstelle.

82  
Kommentar

83  
Fort- und Weiterbildung

86  
Informationen

87  
Blick über die Ländergrenze –  
Von Geiz keine Spur

91  
Bücher – Medienecke

92  
Kreis- und Regionalverbände

94  
didacta 2006

95  
In memoriam  
Heinz Popp

## Schule und Belastung

Lehrertag des VBE Hessen

In seinen Eröffnungsworten betonte der VBE-Landesvorsitzende Helmut Deckert, das Thema „Schule und Belastung“ sei für einen Lehrertag keineswegs ein merkwürdiges Thema. Vielmehr gelte es festzustellen, dass aus der Sicht der Betroffenen alle entsprechenden Belastungsstudien bislang nicht beachtet wurden. „Man bescheinigt uns eine Belastung und eine Entscheidungsdichte wie bei der Feuerwehr und den Fluglotsen, zieht aber keine Folgerungen für den Schulalltag einer Lehrkraft daraus“, beklagte Deckert. So gingen nach wie vor die Mehrheit der Lehrkräfte vor dem 65. Lebensjahr in Pension. „Dabei“, so Deckert, „ist es eigentlich leicht, zu formulieren, was eine gute Schule hinsichtlich der Belastung ist: eine Schule, in die man gern geht.“

Vor 5 Jahren startete die Potsdamer Lehrstudie. Hierzu begrüßte der VBE-Chef das Team des Lehrertages vom Potsdamer Lehrstuhl, an der Spitze Professor Dr. Ulf Kieschke.

Ebenfalls vor knapp 5 Jahren hätten die KMK und die Lehrerverbände gemeinsam die Bremer Erklärung verabschiedet, an die man seitens der KMK jetzt nur ungern erinnert werde. Dabei sei es, so der VBE-Landesvorsitzende, an der Zeit zu fragen:

- Genießt der Lehrerberuf inzwischen mehr Wertschätzung?
- Misst sich die begonnene Reform der Lehrerbildung an der Stärkung der Professionalität des Lehrerberufes?
- Warum wird in den Ländern immer noch auf Personalverschleiß statt auf Personalentwicklung gesetzt?
- Wie steht es um die Professionalität der Länder beim Kulturföderalismus?
- Wird die Belastung des Lehrerberufes genügend beachtet und wird versucht, diese abzubauen?

Deckert schloss mit den Worten: „Bei allem, was in den Schulen getan wird, vergesst die Lehrkräfte und ihre Belastung nicht!“



V. l. n. r.: Prof. Dr. Ulf Kieschke, Frau Dr. Zelazny, Hess. Kultusministerium, Frau Vogt, FAZ, Helmut Deckert, Landesvors. VBE Hessen.

Foto: S. Wesselmann

## Lehrertag verpasst?

„Bewältigungsmuster im Lehrerberuf – Ergebnisse der Potsdamer Studie“

Zu diesem Thema referierte am 08. Oktober 2005 Herr Prof. Dr. Ulf Kieschke von der Universität Potsdam im Bürgerhaus Gießen-Rödgen auf dem VBE-Lehrertag.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den RV-Vorsitzenden Herrn Kroupal und einigen einleitenden Worten des Landesvorsitzenden Herrn Deckert stellte Prof. Dr. Kieschke, der im Team von Prof. Schaarschmidt mitarbeitet, auf sehr kurzweilige und unterhaltsame Art und Weise die Ergebnisse der ersten Studie vor.

Mit der rhetorischen Frage, was eine gute und gesunde Schule sei, zeichnete er eingangs das klischeehafte Bild vom Lehrer als Halbtagsjobber mit Ferienausgleich. Im abgeschlossenen Teil der Studie wurde der Umgang mit Belastungen der Lehrer nicht nur in der eigenen Berufsgruppe, sondern auch im Vergleich mit anderen Berufsgruppen u. a. Erzieherinnen, Existenzgründern und Justizvollzugsbeamten betrachtet. Von den über 10.000 befragten Personen waren 7.400 Lehrer, die sich an einer Umfrage beteiligten.

Lehrer sind Schlüsselpersonen für die Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Die Schulen brauchen gesunde Lehrer. Aber wie gesund sind unsere Lehrer?

Aus den Fragebögen, die drei Teilbereiche hinterfragt haben:

- a) Engagement am Arbeitsplatz,
- b) Widerstandskraft und
- c) allgemeines Lebensgefühl,

ergab sich folgende Typologie:

Man kann die Persönlichkeiten in vier Gruppen einteilen. Zur ersten Gruppe gehören die Kollegen, die sich durch ein hohes berufliches Engagement auszeichnen, eine ausgeprägte Widerstandsfähigkeit gegenüber Belastungen zeigen und ein positives Lebensgefühl haben. Man spricht auch vom „Gesundheitsideal“.

Lehrer, die der zweiten Gruppe zuzuordnen sind, haben eine ausgeprägte Schonungstendenz gegenüber beruflichen Anforderungen bei einer guten Widerstandsfähigkeit und einem positiven Lebensgefühl.

Personen der dritten und vierten Gruppe werden als Risikomuster klassifiziert, da hier eine Gesundheitsgefährdung bereits vorliegt. Kollegen der dritten Gruppe haben ein stark überhöhtes berufliches Engagement (Selbstüberforderung), bei dem sie keine gleichermaßen hohe Entsprechung im Lebensgefühl finden. Damit vermindern sie ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber neuen Belastungen.

Zur vierten Gruppe werden Lehrer gezählt, die ein reduziertes berufliches Engagement zeigen, das mit verminderter Belastbarkeit und mit negativem Lebensgefühl einhergeht.

In der Studie zeigte sich, dass 60 % der Lehrer zur dritten oder vierten Gruppe zuzuordnen sind, also ihre Gesundheit auf Dauer gefährden. Regional gibt es bei der Verteilung keine relevanten Unterschiede. Auffällig ist jedoch, dass die Gefahr in eine der beiden Risikogruppen zu rutschen mit zunehmendem Dienstalter größer wird. Aber auch Lehramtsstudenten, häufig jene, die das Lehramtsstudium als Ausweichmöglichkeit gewählt haben, finden sich in der Gruppe drei oder vier wieder. Besonders anfällig für die vierte Gruppe sind Frauen (Doppelbelastung).

Aufgrund dieser Ergebnisse wird ein zweiter Teil der Studie geplant, bei dem es um die Umsetzung der Befunde gehen wird. In der anschließenden Podiumsdiskussion, die von Frau Vogt, Redakteurin bei der FAZ, geleitet wurde, kamen außer Prof. Dr. Kieschke, Herrn Deckert auch Frau Dr. Zelazny vom Hess. Kultusministerium zu Wort. Sie berichtete vom Programm des HKM „Schule und Gesundheit“, das demnächst auf den Weg gebracht werden soll. Ab dem Frühjahr 2006 wird sich eine Arbeitsgruppe, an der auch der VBE beteiligt sein wird, darum Gedanken machen, wie konkrete Unterstützung vor Ort, eine Zusammenarbeit des Ministeriums mit den Schulleitungen zur betrieblichen Gesundheit, Unterstützung kollegialer Arbeitsformen u. a. aussehen könnte.

Herr Deckert forderte von der Schulaufsicht eine besondere Beachtung der Gesundheit im Hinblick auf den erhöhten Leistungsdruck, unter dem die Kollegen stehen. Eine schnelle und kompetente Schulung der Schulleitung ist hierzu dringend erforderlich. Außerdem weist er darauf hin, dass eine Eignungsdiagnostik bei angehenden Lehramtsstudenten notwendig ist.

Danach bestand für das Publikum die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Nach einer Pause und am Nachmittag trafen sich alle Teilnehmer in zwei der vier angebotenen Arbeitsgruppen, die von Frau Dipl.-Psych. S. Rudolf, Frau Dipl.-Psych. M. Abujatun, Frau Dipl.-Psych. K. Klug und Frau Cand. Psych. S. Hertl kompetent geleitet wurden. Hier gab es noch jede Menge praktischer Tipps zur Verringerung der eigenen Belastung. Damit ging ein interessanter und aufschlussreicher Lehrertag zu Ende. Fast alle Teilnehmer waren der Meinung, dass die Teilnahme trotz des schönen Oktoberwetters lohnenswert war.

a. s.

**Vermietung: App mit Meerblick Westerland/Sylt**  
Neu renov. 1-Zi.-App. im 4. OG (Fahrstuhl), sep. neue Einbauküche, schöner Ess- u. Wohnber., TV/Radio, Schrankbett, gr. Balk. mit Meerbl., ca. 60 m zum Strand, Welln.-C. Sylter Welle, Pr. ab 35,- € + Endr., **Tel. 01 60/4 47 77 71**



## Gerechtigkeit durch Bildung – Schule machen mit dem VBE

### Bundesvertreterversammlung des VBE setzt neue Akzente

Die Bundesvertreterversammlung des VBE vom 24. bis 26. November in Würzburg hatte ein sehr umfangreiches und gleichzeitig richtungweisendes Programm zu bewältigen. Neben den Neuwahlen zur Bundesleitung beschäftigten sich die über 200 Delegierten aus allen 16 Bundesländern mit einer großen Anzahl von Anträgen zu bildungspolitischen, gewerkschaftlichen und verbandspolitischen Fragen.



V. l. n. r.: Günther Seip, Hermann Beck, Gisela Baronin von Engelhardt, VBE-Bundesvorsitzender Dr. Ludwig Eckinger, VBE-Landesvorsitzender Helmut Deckert, Christel Müller, Klaus Frommelt, Stefan Wesselmann und Thomas Müller. Foto: B. Möbius

Als Bundesvorsitzender wurde Dr. Ludwig Eckinger mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt.

## VBE für Bildungsrat durch Bundespräsidenten

Auf der öffentlichen Veranstaltung im Rahmen der Bundesvertreterversammlung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) hat sich der alte und zugleich neue Bundesvorsitzende Dr. Ludwig Eckinger für die Einsetzung eines unabhängigen Bildungsrates auf Bundesebene durch den Bundespräsidenten ausgesprochen.

Der VBE-Bundesvorsitzende Ludwig Eckinger benannte in fünf Eckpunkten den Kurs des VBE:

1. Wir wollen den kooperativen Föderalismus. Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf gleichwertige Bedingungen an ihren Schulen – von Bremen bis Passau, von Aachen bis Frankfurt an der Oder.
2. Wir wollen weg von den Bildungssackgasen im System und brauchen deshalb eine nationale Bildungsstrategie. Das bedeutet ein längeres gemeinsames Lernen in der



Dr. Ludwig Eckinger, Bundesvorsitzender des VBE. Foto: H. Beck

Grundschule und konsequente Durchlässigkeit zweier gleichwertiger Bildungsgänge in der Sekundarstufe.

3. Wir wollen, dass der Abzug von Geldern aus dem Bildungsbereich gestoppt wird und der Schülerrückgang zur Qualitätsverbesserung der Schulen genutzt wird. Wir brauchen den Ausbau und die Weiterentwicklung von Ganztagschulen.
4. Wir wollen, dass die Bildungspolitik vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Wesentliche Voraussetzungen für Bildungserfolg schaffen Kindergarten und Grundschule. Wir fordern das letzte Kindergartenjahr als Pflicht. Die soziale Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden.
5. Wir wollen keine Scheckbuch-Personalpolitik. Wir treten ein für langfristig angelegte Personalentwicklungspläne in allen Ländern, für einen bundeseinheitlichen Rahmen für Besoldung, Laufbahn und Versorgung, eine pädagogische universitäre Lehrerbildung für alle Lehrämter nach bundeseinheitlichen Qualitätsstandards und einen bundesweiten Lehrerarbeitsmarkt."

Eindringlich mahnte VBE-Bundesvorsitzender Eckinger den Auftrag des Grundgesetzes im Artikel 3 „Gleichheit vor dem Gesetz“ an. „Gerechtigkeit durch Bildung ist ein Auftrag mit existenzieller Bedeutung für unsere demokratische Gesellschaft.“ Doch der Zugang zu Bildung hänge wieder von der sozialen Herkunft ab. Unsensibel werde von bildungsnahen und bildungsfernen Familien gesprochen. Eckinger: „Ich vermisse eine gesamtgesellschaftliche Beunruhigung. Gesellschaftliche Eliten können Bildung abrufen, um Amt und Karriere absichern zu helfen. Für Benachteiligte hingegen wird im Big-Brother-Container nur noch ein Platz in der Spaßgesellschaft freigehalten, weil die ‚ernste‘ Gesellschaft nichts anzubieten hat.“ Scharf kritisierte der VBE-Bundesvorsitzende den Rückzug des Staates aus der Bildung und appellierte an die neue Bundesregierung, der Umbau des Sozialstaats dürfe nicht bedeuten, dass Bildung abgebaut oder an andere delegiert werde. „Öffentliche Bildung darf nicht auf dem Altar einer modischen Verschlingung staatlichen Handelns geopfert werden“, so

Ludwig Eckinger. „Wir haben inzwischen den Boom der Privatschulen – und hinter den Büschen lauert Public privat Partnership (ppp). Der Rückzug des Staates aus dem Bildungsauftrag ist eingeläutet. Wenn dann von Bildung als ‚Kapital der Zukunft‘ geredet wird, sind wir alarmiert.“ Freiheit dürfe nicht auf Freiheit vom Staat versimplifiziert werden. „Selbstgerechtigkeit statt Bildungsgerechtigkeit ist eine schlichte wie verheerende Formel“, betonte Eckinger. Die staatliche Mager sucht sei ein Danaergeschenk an die Bürger. Mittelkürzungen, Schulschließungen, Personaleinsparungen, Unterrichtsausfall seien die Kehrseite der derzeitigen Bildungsbegeisterung in Politik und Medien.

## Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Baronin Gisela von Engelhardt bei der Bundesvertreterversammlung des VBE am 26.11.2005 in Würzburg

Laudatio: Dr. h. c. Albin Dannhäuser, stellvertretender Bundesvorsitzender des VBE

Diese Vertreterversammlung 2005 ehrt heute eine Kollegin, die insgesamt 19 Jahre das Amt einer stellvertretenden Bundesvorsitzenden innehatte: Baronin Gisela von Engelhardt.

19 Jahre markieren in der Amtszeit von Gisela v. Engelhardt bildungs- und berufspolitische Ereignisse wie z. B. das Musterschulgesetz des Deutschen Juristentags und den Bildungsgesamtplan, die Massenarbeitslosigkeit junger Lehrer und die Absenkung der Eingangsbesoldung, die historische Wende in Deutschland und der Kampf um Gleichstellung in den neuen Bundesländern, die Neuordnung der Lehrerbildung im europäischen Kontext und die PISA-Studien.

Gisela von Engelhardt ist in Hamburg aufgewachsen. Sie studierte dort und in Berlin Betriebswirtschaft, Pädagogik und Anglistik. Sie war Lehrerin an Grund-, Haupt- und Realschulen und viele Jahre Leiterin einer Förderstufe.

Im Alter von etwa 14 Jahren hatte sie jedoch ganz andere, außergewöhnliche berufliche Pläne: Sie wollte Kapitän auf einem Schiff werden. Allerdings hielt man ihr entgegen, dass Mädchen für diese Ausbildung gar nicht zugelassen würden. Diese Ausgrenzung empfand sie in höchstem Maße ungerecht.

Diese persönliche Geschichte zeigt zwei Momente, die für Gisela von Engelhardt seit frühesten Jugend wohl typisch sind. Erstens: Kapitän! Das bedeutet das Führen eines Schiffes und die volle Verantwortung für Besatzung und Ladung – natürlich immer mit dem Wagnis, in schwere See zu geraten. Diese Qualitäten hat sie zweifellos bewiesen – zwar nicht auf den



Dr. h. c. Albin Dannhäuser, stellvertr. VBE-Bundesvorsitzender und Gisela Baronin von Engelhardt. Foto: B. Möbius

Weltmeeren, aber auf den stürmischen, zum Teil abenteuerlichen Routen des Lehrerberufs und der Verbandsarbeit.

Sie hat gesetzte Ziele mit nüchterner Umsicht angepeilt und erreicht – ohne Pathos und ohne jegliche persönliche Eitelkeit, aber immer wieder sichtbar zufrieden.

Zweitens: Der ungerechtfertigte Ausschluss von Mädchen von bestimmten beruflichen Möglichkeiten und Chancen – nur aufgrund ihres Geschlechts. Das war ihr von Anfang an ein Ärgernis. In vielen Ämtern und Gremien kämpfte sie gegen die Ungerechtigkeit gegenüber Frauen – nicht nur gegenüber Lehrerinnen! Dabei konnte sie nichts so sehr in Rage bringen, wie das schlichte Strickmuster von sog. „Alibi- oder Quotenfrauen“ bei der Berücksichtigung für Funktionen. Sie berief sich vielmehr mit der Unbeirrbarkeit einer Kompassnadel auf Art. 3 des Grundgesetzes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt werden.“

Damit sind wir auch beim Motto dieser Vertre-

tersammlung: „Gerechtigkeit durch Bildung.“ Es war wohl alles andere als ein Zufall, dass Gisela von Engelhardt 1982 als erste Frau zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden des VBE gewählt wurde. Einige waren überrascht, dass sie damals bei der Geschäftsverteilung in der Bundesleitung sehr schnörkellos ihr Aufgabenfeld definierte. Sie wolle sich nicht reduzieren lassen auf die Funktion einer „Frauenvertreterin“, sondern wünschte weitere Aufgaben wahrzunehmen. Übrigens, diese Bestimmtheit zeichnete sie bereits in der Oberstufe des Wirtschaftsgymnasiums aus, wo sie als Klassensprecherin für fünf Mitschülerinnen und 30 (!) Mitschüler agierte.

Gisela von Engelhardt brachte sich lange Jahre ein in die Abteilung Bildungspolitik, in die Referate „Sonderpädagogik“ und „Kinder mit Migrationshintergrund“, in die Zusammenarbeit mit dem Schullandheimwerk und dem Deutschen Jugendherbergswerk. Viele Positionen, die sie miterarbeitet und erkämpft hat, sind heute All-gemeingut: So bei der sonderpädagogischen Förderung der Grundsatz: „Soviel Integration wie möglich und soviel Spezialschule wie nötig!“ oder Programme zum Fremdsprachenunterricht in der Grundschule, zur Umwelterziehung und zur richtigen Ernährung.

Im Deutschen Beamtenbund war Gisela von Engelhardt sieben Jahre Mitglied im Bundeshauptvorstand und in den Kommissionen „Organisation und Satzung“ sowie „Schule, Bildung und Wissenschaft“. Hier überzeugte sie als Realistin aus dem schulischen Alltag. Neun Jahre engagierte sie sich in der Bundesfrauenvertretung. Hier ging es um die Entwicklung des

Gleichstellungsgesetzes und um seine Übertragung auf die Bundesländer. Ziele waren vor allem Frauenförderpläne, die Verbindung von Beruf und Familie und gleiche Chancen bei der Vergabe von Funktionsstellen.

International vertrat Gisela von Engelhardt den VBE in der Europakommission der Education International bzw. deren Vorläuferorganisation. Im „Jahr der Sprachen“ wirkte sie mit als Expertin im „Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU“ in Brüssel. In ihrem Heimatverband Hessen wirkte Gisela von Engelhardt über 26 Jahre als Gewerkschaftsbeauftragte, in der Frauenarbeit und als Mitglied der Landesleitung. Als Personalrätin genoss sie über 32 Jahre das Vertrauen ihrer Kolleginnen und Kollegen.

Gisela von Engelhardt hat für ihre vielfältige und enorme Arbeit in Ehrenämtern einige herausragende Ehrungen erfahren. Der VBE Hessen ernannte sie zu seiner Ehrenvorsitzenden. Der Bundespräsident verlieh ihr den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland. Heute stehen wir, der VBE-Bundesverband in der Pflicht, dir, liebe Gisela, zu danken für dein jahrzehntelanges, bedingungsloses und beispielgebendes Engagement. Wir danken dir darüber hinaus von Herzen für deine offene, unpathetische und ausgleichende Art des kollegialen Miteinanders. Du hast uns allen als Mensch gut getan – und du tust dies immer noch!

## Soll ich oder soll ich nicht?

Die hessische Kultusministerin hat nun eine Unterrichtsgarantie + abgegeben. Danach sollen sich die Schulen einen Pool an Vertretungslehrkräften schaffen, die im Notfall bereit sind, sofort mit ein paar Stunden einzuspringen.

Das ist begrüßenswert. Nun habe ich, ob rüstiger, geistig noch flotter Pensionär, mir gedacht: Wenn du nicht gerade deine Enkel hütest, außerhalb der Schulferienzeit deinen Urlaub machst, dann kannst du das machen! Das habe ich nun im Bekanntenkreis erörtert, und da wurde mir dringend davon abgeraten. Nicht, weil ich nicht mehr fit sei, nein, vielmehr könnte mir passieren, dass mir meine wohlverdiente (und dank der diversen Versorgungsreformen ohnehin geschmälerte) Pension unter Umständen gekürzt werden könnte.

Das wollte ich nicht glauben und habe mir den § 53 des Beamtenversorgungsgesetzes näher angesehen. Und siehe da: dort ist geregelt, dass der Ruhestandsbeamte nur bis zu einer bestimmten Höchstgrenze aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst hinzuverdienen darf, ohne dass dies pensionsschädlich wird.

So habe ich mich hingesezt und mal nachgerechnet, was ich eigentlich an Unterricht halten darf, ohne mir selbst ins Fleisch zu schneiden. Und da kamen gerade mal 5 Stunden pro Woche im Monatschnitt raus. Ob das der Schule hilft?

Und ich müsste wegen einer Stunde jeden Tag in die Schule fahren. Bei dem, was hinten rauskommt, kein attraktives Angebot!

Ihr Urian

## VBE Hessen

### Unterrichtsgarantie + für eine verlässliche Schule

Landesvorsitzender Deckert  
erfreut über mehr Selbstständig-  
keit für die Schulen – Hilfe bei  
der Personalsuche angemahnt

Das ist eine gute Nachricht und ein grundsätzlicher Schritt in eine Richtung, die der VBE seit langem angemahnt hat!, sagte der Landesvorsitzende der Lehrgewerkschaft Verband Bildung und Erziehung (VBE), Helmut Deckert, zu der Ankündigung der hessischen Kultusministerin, Karin Wolff, über 40 Millionen Euro für die Absicherung von Vertretungsunterricht an Schulen zur Verfügung zu stellen.

Die Absicherung des ausfallenden Unterrichtes sei seit langem überfällig, so der VBE-Landeschef. Schließlich könne die Unterrichtsgarantie der Landesregierung nicht nur den nach Stun-

dentafel geschuldeten Unterricht umfassen, sondern müsse auch die realen ausfallenden Stunden berücksichtigen, die durch Mutterschutz, Krankheit und andere Anlässe ausfielen. „Die Schulen in Hessen müssen ohnehin mehr Selbstständigkeit bekommen“, betonte der VBE-Landesvorsitzende. „Deshalb ist die Bereitstellung der Mittel auch direkt an die Schulen ein richtiger Weg, sie in die Lage zu versetzen, mittelfristigen Unterrichtsausfall zu bewältigen.“ Allerdings, so Deckert, bräuchten die Schulen auch Hilfe bei der Rekrutierung geeigneten Personals. Es dürften weder pädagogisch nicht vorgebildete Personen geschweige denn Billig-Personal wie z. B. Ein-Euro-Jobber angeworben werden. „Hier brauchen die Schulen gerade auch im ländlichen Bereich die Hilfe der staatlichen Schulämter, weil sie nicht immer über die entsprechenden Informationen und Kontakte verfügen“, richtete Deckert eine ergänzende Forderung an die Kultusministerin. Der VBE, so Deckert weiter, werde auch darauf achten, dass mit den bereitgestellten Mitteln nicht einfach der „schwarze Peter“ an die Schulen weitergegeben werde, sondern dass die Gelder zu einer echten Hilfe für die Anliegen von Lehrern, Schülern und Eltern würden.

## VBE Hessen begrüßt Wegfall der Kindergartengebühren in Bad Homburg Forderung nach kostenfreiem letzten Kindergartenjahr erneuert

Die Lehrgewerkschaft Verband Bildung und Erziehung – Landesverband Hessen – hat den Wegfall der Kindergartengebühren in Bad Homburg begrüßt. Die Kurstadt sei damit die erste in Hessen, die Ernst mache mit der Umsetzung des 12. Kinder- und Jugendberichtes.

„Deutschland liegt bei der Schaffung frühzeitiger und außerschulischer Bildungsangebote gegenüber den anderen OECD-Staaten deutlich zurück“, betonte die stellvertretende Landesvorsitzende Christel Müller. Müller, die an einer Grundschule mit Orientierungsstufe im Kreis Fulda unterrichtet und in der Fachkommission „Bildungs- und Erziehungsplan von 0–10“ des Hessischen Kultusministeriums mitarbeitet, führte aus:

„Bildung und Erziehung sind eine Einheit. Sie dürfen nicht nur kognitiv, sondern kulturell und personal begriffen werden. Bildungsprozesse sind nicht nur Sache von Institutionen, sondern müssen vor allem im Hinblick auf die individuelle Entwicklung des Kindes gesehen werden.“

Deshalb fordere der VBE seit längerem, dass bei Bildungsreformen nicht der Schule allein alle Aufgaben von Bildung und Erziehung aufgebürdet werden dürften. Wer Bildung „vom Kopf auf die Füße“ stellen wolle, müsse den Schwerpunkt auf den Anfang von Bildungsprozessen legen. Familie, Kindergärten und Schulen seien gleich-

ermaßen am individuellen Entwicklungsprozess des einzelnen Kindes beteiligt. „Zu einem ersten Schwerpunkt gehört“, so Müller weiter, „dass der Besuch zumindest des letzten Kindergartenjahres gebührenfrei gestellt wird, um allen Eltern den Besuch einer solchen Institution durch ihre Kinder zu ermöglichen.“ Gleichzeitig müsse aber auch das Ausbildungsniveau der Erzieherinnen und Erzieher angehoben werden. Der VBE sieht Bildung und Erziehung seit langem als einen einheitlichen Bildungsprozess, der umfassend begleitet und materiell ausreichend ausgestattet werden muss. „Der PISA-Turm wird nicht von alleine wieder gerade“, ironisierte Christel Müller abschließend.

## Informationen

### Alle Schüler sollen teilnehmen können: ALG II muss die Kosten für Klassenfahrten zahlen

Kinder von sozial schwachen Eltern brauchen nicht auf Klassenfahrten zu verzichten. Denn die Empfänger von Arbeitslosengeld II müssen die Kosten für mehrtägige Schulfahrten nicht selbst bezahlen. Darauf haben der Bundeselternrat (BER), das Deutsche Jugendherbergswerk (DJH) und der Verband Deutscher Schullandheime (VDS) in einer gemeinsamen Stellungnahme hingewiesen. Die drei Organisationen wiesen mit Nachdruck darauf hin, dass Schullandheimaufenthalte, Klassen- und Schulfahrten wichtige und unverzichtbare Bestandteile der Erziehungs- und Bildungsarbeit der Schulen sind. Wilfried W. Steiner (BER-Vorsitzender), Gerhard Koller (stellvertretender DJH-Vorsitzender) und Horst Aye (VDS-Vorsitzender) forderten die Bundesagentur für Arbeit auf, alle regionalen Agenturen für Arbeit über die Möglichkeit der Kostenersatzung erneut zu informieren. Schulpflichtige hilfebedürftige Kinder und Jugendliche sollten an einer Klassenfahrt teil-

nehmen können, wenn der finanzielle Rahmen in einem angemessenen Umfang bleibt. Im Übrigen erhalten auch Sozialhilfe-Empfänger weiterhin Unterstützung für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen. Ebenso sollten Lehrkräfte darüber informiert sein, damit sie sich bei Schwierigkeiten dafür einsetzen können, dass diese Zahlungen auch erfolgen.

In ihrer Erklärung appellierten die drei Verbände an alle Verantwortlichen in den Ländern und Kommunen, dafür zu sorgen, dass die finanziellen Voraussetzungen erhalten und genutzt werden, damit kein Kind aus finanziellen Gründen von einem Schullandheimaufenthalt oder einer Klassenfahrt ausgeschlossen wird.

Im Sozialgesetzbuch II § 23, Abs. 3 heißt es unter anderem: „Leistungen für ... mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen sind nicht von der Regelleistung umfasst. Sie werden gesondert erbracht.“ Mithin müssen die Kosten für mehrtägige Klassenfahrten für die Kinder von Arbeitslosengeld-II-Empfängern durch die Arbeitsagenturen übernommen werden.

(DJH – Deutsches Jugendherbergswerk 05.07.2005)

## Änderung beim Verheiratetenzuschlag

Der für Angestellte bei Bund und Kommunen neu vereinbarte TvöD sieht für diesen Bereich den Wegfall des Familienzuschlags in der Besoldung vor. Dies hat unter Umständen Auswirkung auf die in einem Dienstverhältnis zum Land stehenden Angestellten und Beamten. Diejenigen, deren Ehepartner Angestellte/-r bei einer Bundes- oder Kommunalbehörde ist, erhalten nun den vollen Familienzuschlag. Diese Regelung gilt ab 1.10.2005. Jede Betroffene / jeder Betroffene sollte unverzüglich den Gehaltszettel daraufhin überprüfen und ggf. bei der Besoldungskasse einen entsprechenden Antrag stellen.

## Die bemerkenswerteste Meldung

„Ohne zusätzliche Lehrer sei Ganztagschule nicht zu gestalten, sagt Baden-Württembergs Kultusministerin Schavan – und ärgert damit kurz vor ihrem geplanten Wechsel nach Berlin Regierungschef Oettinger (beide CDU) ... „Wir brauchen ausgereifte pädagogische Konzepte – und mehr Lehrerstellen“, betont Schavan. Ganztagschule sei keine Aufbewahrungsstätte, sondern ein Ort, der „mehr Lernzeit“ ermöglichen müsse. Man dürfe die Zeit am Nachmittag „nicht verschenken.“ (Aus einer Meldung der Frankfurter Rundschau vom 7.09.2005).

Recht hat die Frau! Wo „Ganztagschule“ daraufsteht, muss auch Ganztagschule drin sein – eine alte Forderung des VBE. „Light“-Modelle und reine Betreuungsmodelle gehen an den Forderungen einer modernen und effektiven Bildungspolitik vorbei. PISA lesen und verstehen ...

## ForumAcademy München



- Workshop Neue Medien
- Unternehmensplanspiele
- Projektmanagement
- Seminar Arbeitswelt
- Technik für Kids

Besuchen Sie auch die Ausstellung „Milestones“ im SiemensForum München, die faszinierende Einblicke in die Welt der Elektrotechnik und Elektronik bietet und die auf die Fragen, wie es früher war, wie es morgen sein wird und welche Möglichkeiten sich eröffnen, interessante Antworten gibt.

Weitere Informationen, Termine und Anmeldung:  
[www.siemens.de/forumacademy-muenchen](http://www.siemens.de/forumacademy-muenchen)

SIEMENS



# Blick über die Ländergrenze – Von Geiz keine Spur

## „Für Schottlands Kinder“<sup>1</sup> werden keine Ausgaben gescheut

Ein Beitrag von Udo Michallik

Die Fixierung auf das finnische Bildungssystem ist unerklärlich, wenn man sich mit anderen erfolgreichen Bildungsländern auseinandersetzt. Vergleiche bringen m. E. nur etwas, wenn vergleichbare Problemlagen, wie z. B. soziokulturelle und wirtschaftliche Rahmenbedingungen vergleichbare Schlussfolgerungen ermöglichen. Diese Voraussetzungen sind im Vergleich zwischen Deutschland und skandinavischen Ländern für mich nur bedingt gegeben. Die äußerst geringe Bevölkerungsdichte in Finnland und viele andere Rahmenbedingungen ziehen zwangsläufig andere strukturpolitische Entscheidungen nach sich, die ebenso zwangsläufig auch Auswirkungen auf das Schulsystem und die Schulfinanzierung haben.

Die Schotten werden nicht müde zu betonen, dass ihre Schulen in vielen Belangen erfolgreicher sind als die englischen. Ihr Evaluationssystem „How good is our school?“ zählt zu den anerkanntesten weltweit. In Teilen wird dieses System von der Bertelsmann Stiftung zurzeit in Mecklenburg-Vorpommern zur Erfassung von Gesundheitsstandards in Schulen erprobt, andere Bundesländer übertragen es auf ihre eigenen Qualitätssicherungssysteme.

Die Schlussfolgerung, dass Schottland zu einem erfolgreichen Bildungsland zählt, resultiert aus dem unmittelbaren Erleben des Schulalltags. Der Schulalltag funktioniert in einem Dreiklang von regulärem Unterricht, einem Unterstützungssystem – „Pupil Support“ für alle Schüler und einem Evaluationssystem, das der Überwachung der Bildungsstandards, aber vor allem der kontinuierlichen qualitativen Entwicklung von Schulen dient.

Eines der zentralen schottischen bildungspolitischen Gesetzesvorhaben in den vergangenen Jahren hieß „Für Schottlands Kinder“. Dabei geht es vor allem darum, dass jedes Kind in Schottland von Interesse ist und jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft den besten Start in das Leben verdient. Chancengerechtigkeit ist das Grundanliegen schottischer Bildungspolitik. Es ist nicht nur das Anliegen. Dieses Anliegen wird auch entsprechend finanziell ausgestattet. Vom landläufig bekannten Geiz der Schotten war nichts zu spüren. Im Gegenteil. Ein strukturschwacher Landkreis wie Dumfries & Galloway im Südwesten Schottlands finanziert jährlich mit 4,4 Millionen Pfund ein Verhaltensunterstützungssystem für die insgesamt 20.000 Schüler.

Quelle des Bildungserfolges der Schotten sind ihre Unterstützungssysteme und die Evaluationsmechanismen. Sie sollen Gegenstand einer näheren Erläuterung sein. Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf Erfahrungen, die ich im Rahmen eines Studienaufenthaltes im September 2004 im Landkreis Dumfries & Galloway sammeln konnte.

Pupil Support<sup>2</sup>-Förderung für alle Schüler.

Grundsätzlich sind zwei Teile von Unterstützungssystemen zu unterscheiden:

a) das Lernunterstützungssystem – Learning Support und

b) das Verhaltens-Unterstützungssystem – Behaviour Support.

Beide Systeme greifen ineinander und sind integrative Bestandteile des „Pupil Support“ (Schülerunterstützung). Das Verhaltensunterstützungssystem dient in der Konsequenz der positiven Beeinflussung der Lernleistungen des Schülers, um ihn wieder in den regulären Unterrichtsprozess zu integrieren bzw. einen ungestörten Unterrichtsablauf für alle Schüler und den Lehrer zu ermöglichen. In ihrer Wirkung sind diese Unterstützungssysteme nicht nur Hilfestellung für die Schüler. Sie wirken ebenso als Unterstützungssystem für die Fachlehrer, deren vorrangige Aufgabe in der Erteilung eines qualitativ hochwertigen Fachunterrichts besteht. Das System macht dies möglich.

Die Unterstützungssysteme gehen auf die Forderung der schottischen Regierung zurück, allen Schülern gleichermaßen Bildungsressourcen zur Verfügung zu stellen.<sup>3</sup> Die Unterstützungssysteme sind in sich sehr ausdifferenziert und alle Schüler können sie in Anspruch nehmen. Nicht immer kommt die volle Wucht eines Förderzentrums auf einen Schüler zu. Die Zahl derer, die im Förderzentrum der Schule individuell oder in Kleingruppen betreut werden oder denen ein individueller Förder-/Bildungsplan an die Hand gegeben wird, reduziert sich in dem Maße, wie das Prinzip „Die Probleme sind zu lösen, wenn sie beginnen“<sup>4</sup> umgesetzt wird. Maßnahmen innerhalb der Unterstützungssysteme können auf bestimmte Erfordernisse hin von der Schulleitung angeordnet werden, vom Fachlehrer oder vom Schüler oder von dessen Eltern beantragt werden. Das Initiativrecht liegt bei allen beteiligten Gruppen, die Interventionspflicht bei der Schulleitung und dem Pupil Support. Im Nursery, der Tagesbetreuung der Kinder vom dritten bis fünften Schuljahr, ist die Vorschule integriert. Teile der Tagesbetreuung werden für die gezielte Vorbereitung der Kinder auf die Schule genutzt. Rund 40 Prozent aller Einrichtungen der Tagesbetreuung sind in Schottland unmittelbar an die Grundschulen angegliedert. 98 Prozent der Kinder in dieser Altersgruppe besuchen die Tagesbetreuung. Bereits Vorschüler (Preschool) erfahren im Rahmen des Learning Support (Lernunterstützung).

### a) Übergang vom Vor- zum Grundschulbereich

In der Betrachtung der Tagesbetreuung und des damit verbundenen Vorschulbereiches ist folgende Aussage aufgefallen:

„Pupil entry into primary schools is supported through the utilisation of transfer documentation in nurseries and partner groups.“<sup>5</sup> Vorschüler gehen mit einer „Übergangsdokumentation“ in die Grundschule. Anhand des „Curriculum Framework for Children 3-5“<sup>6</sup> sind sowohl die Mitarbeiter der Vorschule als auch die Grundschullehrer in der Lage, die Leistungsfähigkeit des einzelnen Kindes zu beurteilen, Förderdiagnosen zu stellen und diese Kinder mit den entsprechenden individualisierten Fördernotwendig-

keiten der Grundschule zu übergeben. Es ist aber nur eine „Übergabe“. Schon in der Tagesbetreuung wird aufgrund des langen Beobachtungszeitraumes vom dritten Lebensjahr an gezielt an der Kompensation von erkannten Entwicklungsdefiziten gearbeitet. Das Curriculum definiert klare Ziele, die das Kind hinsichtlich seiner sozialen, motorischen und sprachlichen Entwicklung zu erfüllen hat. Das macht Diagnostik zu Beginn der Grundschulzeit nicht überflüssig, aber eine am Kind, seinem Entwicklungsstadium und vor allem seiner „Bildungshistorie“ orientierte Modifizierung der Fördermaßnahmen möglich – eben eine Anpassung auf die Herausforderungen und Zielsetzungen der Grundschule.

In der Praxis bedeutet das einen höheren Personalaufwand innerhalb der Vor- und Regelschule. Die Unterstützungssysteme stellen in der Regel eine eigene „Abteilung“ innerhalb der Schule dar. Es ist ein parallel zum regulären Unterrichtsbetrieb wirkendes Unterstützungselement für Schüler und Lehrer, in dem nicht die regulären Fachlehrer eingesetzt werden. Für jedes der Unterstützungssysteme gibt es extra ausgebildete und entsprechend eingesetzte Lehrer bzw. Assistenten. An der Lochmaben Primary School stellt sich das folgendermaßen dar:<sup>7</sup>

1 Lernzentrum-Lehrer,

1 Unterstützungslehrer für zwei Tage 4 Assistenten, 2 Teilzeit-Assistenten.

Dabei ist es selbstverständlich, dass die Regellehrer mit den Unterstützungslehrern eng zusammenarbeiten und sich in dafür speziell vorgesehenen Zeiten und Abständen konsultieren und beraten. Die individuellen Förderprogramme sehen dabei in der Grundschule mindestens eine 50-prozentige Beschulung<sup>8</sup> in der Regelklasse vor. In der anderen Zeit werden die betroffenen „Förder“schüler in kleinen Lerngruppen bzw. im Einzelunterricht an die entsprechenden Leistungs-/Kompetenzlevel<sup>9</sup> herangeführt. Dieser Förderunterricht findet ausschließlich parallel zum Regelunterricht statt.

Anders ist die Förderung nicht zu organisieren, da im Gegensatz zu Mecklenburg-Vorpommern der Grundschulunterricht von 9.00 bis 15.20 Uhr bzw. für die ersten und zweiten Klassen bis 15.00 Uhr stattfindet. Das sind verlässliche Zeiten für die gesamte Schulzeit. Um deutlich zu machen, wann die Lernunterstützung in Anspruch genommen werden kann, hat die Lochmaben Primary School in ihrem Handbuch folgende Umstände beispielhaft aufgelistet:

1. nach einer längeren Krankheit,
2. für Schüler mit Lernschwierigkeiten,
3. für Schüler, die Hilfe bei der Verbesserung grundlegender Fähigkeiten benötigen,
4. nach einer kurzzeitigen Krankheit,
5. nach dem Wechsel von einer anderen Schule,
6. für Schüler, für die ein „Förderplan“ eröffnet wurde. Die Mehrheit der Schüler mit „Förderplänen“ wird in den „Lern-/Förderzentren“ und in den Regelklassen betreut<sup>10</sup>. Die Lernunterstützung funktioniert nach einem sehr differenzier-

ten System, das von der einzelnen Schule beginnend bis hin zur schulübergreifenden Unterstützung führt. Die einzelne Schule wird einerseits nicht überfordert, sie wird aber bis zu einem festgelegten Punkt in diesem Prozess gefordert. Wenn die Früherkennung und Förderung in der Schule nicht ausreicht, werden weitere Behörden hinzugezogen, die zentral durch den „Support of Learning – SEBD“ (Social, Emotional and Behaviour Difficulties) gesteuert werden. Diese Behörde ist bei der Schulverwaltung angesiedelt. Die „Record of Needs“ (RON) werden im Rahmen „individueller Bildungspläne“ erstellt. Eine eingehende Diagnostik und Problemanalyse des Kindes geht dem „Förderverein“ voran. Der Plan enthält eine Liste von Maßnahmen zur Problembewältigung. Alle individuellen Förderpläne sind grundsätzlich zeitlich begrenzt. Daher muss immer ein Leistungs- und Zeitplan Bestandteil des Maßnahmenkataloges sein, um das betroffene Kind wieder vollständig in die Regelklasse zu integrieren. Im Regelfall wird bei der Erstellung der Förderpläne die Hilfe schulexterner Behörden hinzugezogen. Ich hatte das Glück, an der Lochmaben Primary School (bei Einverständnis der betroffenen Eltern) der Eröffnung eines „Record of Needs“ beizuwohnen. An diesen Beratungen nehmen in der Regel der Schulleiter, der Leiter des Förderzentrums, der Klassenlehrer, der Schulpsychologe, ein Vertreter der Schulverwaltung und zwingend die Eltern teil. Für die einbestellten Eltern ist das kein bequemer Umstand. Vielfach führen familiäre und soziale Umstände zu bestimmten Fördernotwendigkeiten. An diesem Punkt machen aber die Schule und die Schulverwaltung gegenüber den Eltern unmissverständlich klar, dass das Wohl des Kindes über den Interessen und Befindlichkeiten der Eltern steht. Das bedeutet aber in keinem Fall, dass die Eltern in diesem Prozess außen vor bleiben. Im Gegenteil, sie müssen ihre Zustimmung zu den empfohlenen Maßnahmen geben. Nach Ablauf einer Förderperiode wird der Erfolg oder Misserfolg der ergriffenen Maßnahmen ausgewertet und der Förderplan dieser Auswertung entsprechend fortgeschrieben.

#### (b) Übergang von der Grundschule in die Oberschule

Der Prozess, der im Übergang von der Vorschule zur Grundschule bereits eingeleitet wurde, setzt sich beim Übergang in die neue Schulform fort. Ein festgesetztes Programm begleitet die Schüler beim Übergang in die jeweils gewählte Oberschule. In der Oberschule gibt es einen stellvertretenden Schulleiter (Principal Teacher of Pupil Support), der ausschließlich für das Unterstützungssystem der Schule verantwortlich ist.

Das Unterstützungssystem an der Langholm Academy mit 268 Schülern ist mit 1,5 Lehrerstellen, 1,2 Lernassistentenstellen, 1 Verhaltensassistenten ausgestattet. Insgesamt hat die Schule einen Schulleiter, zwei Stellvertreter, sechs Departementleiter (Principal teacher) und 18 Fachlehrer. Zum damaligen Zeitpunkt betreute das Unterstützungssystem vier Schüler mit einem Förderplan (RON) und einen Schüler mit muttersprachlichen Auffälligkeiten. Das Lernzentrum verfügt über 3 separate Unterrichtsräume und drei Netzwerkcomputer.

Es ist die Aufgabe dieses Schulbereiches, den Transfer der Grundschüler auf die Oberschule vorzubereiten

und Vorkehrungen zu treffen, um bestimmten Schülern von Beginn an die benötigte Unterstützung anzubieten. Dazu stehen folgende Möglichkeiten bereit:<sup>11</sup>

- Gespräche mit den Lehrern des letzten Grundschuljahrganges P(rietary) 7,
- Beobachtungen der P-7-Schüler,
- Gespräche mit einzelnen Schülern,
- Übergangsmittelungen/Transfergespräche,
- Besuche der Oberschule/Transferrgruppen,
- Zusammenstellung und Übergabe von Informationen innerhalb der Lehrerschaft,
- Einführungswoche,
- Flugblatt für die Eltern.

Über diese Wege finden die Lehrer des Pupil Support der Oberschule heraus, welche Schüler der Grundschule bereits über individuelle Bildungspläne verfügen. Dabei sind dann die unterschiedlichen Formen und Maßnahmen zu analysieren, die wiederum Auswirkungen auf die Anschlussunterstützung haben. Dabei werden Schüler unterschieden,

- die bereits einen individuellen Förderplan auf der Basis der „Record of Needs (RON)“ haben,
  - die aus der Klasse genommen wurden,
  - die bestimmte Unterstützung in einem oder mehreren curricularen Bereichen benötigen sowie kleinere Schülergruppen, die Unterstützung in dem gleichen curricularen Bereich benötigen.
- Aus der Schülerhistorie in der Grundschule und den curricularen Anforderungen in der Oberschule entwickeln die verantwortlichen Lehrer der Unterstützungsgruppe an der Schule einen individuellen Bildungsplan für die Schüler, die absehbar einen benötigen. Alle Fragen und Maßnahmen müssen vor Beginn des Schuljahres für die Schüler geklärt sein, die für ihre weitere Bildungskarriere bestimmte Unterstützung benötigen.

Unabhängig davon beobachteten die Fachlehrer die Leistungsentwicklung der Schüler in der Oberschule. Bei auffälligen Leistungsentwicklungen setzt der beschriebene Prozess bei den betroffenen Schülern gleichermaßen ein. Hier wird deutlich, dass ein in den regulären Schulalltag integriertes Unterstützungssystem allen Schülern und Lehrern zur Verfügung steht. Damit wird dem einzelnen Schüler geholfen. Die Klasse kann auf dem geforderten Leistungslevel des gewählten Kurses weiter arbeiten und verliert das avisierte Kursziel nicht durch Lernschwierigkeiten Einzelner aus dem Blick.

#### c) Motivation und Schutz der Lehrer

Der sehr hierarchisch organisierte Aufbau der Schule bietet die Gewähr, dass der Fachlehrer im Rahmen seiner 35-Stunden-Woche sich nahezu ausschließlich der Gestaltung seines Fachunterrichts widmen kann. Von diesen 35 Stunden muss der Fachlehrer ca. 23 Stunden unterrichten, den Rest der Zeit beanspruchen Vor- und Nacharbeit. Notwendige administrative Aufgaben und die Bewältigung von schwereren Lern- und Verhaltensschwierigkeiten von Schülern werden konsequent der Schulleitung bzw. den jeweiligen Unterstützungssystemen überlassen. Der Schulleiter ist daher mit einer umfassenden Managementsituation konfrontiert, die sich nicht nur auf die Verwaltung der Schule beschränkt. Sie umfasst ebenso die zentrale pädagogische Verantwortung für die Schule, bei der es um eine erfolgreiche Imple-

mentierung der Schulcurricula<sup>12</sup> geht. Hierarchie ist dabei nicht nur die Weisungsbefugnis innerhalb der Schule. Hierarchie ist verbunden mit der Übernahme von persönlicher Verantwortung.

Die starke Stellung der Schulleitung und klar getrennte Verantwortungsbereiche für Fachlehrer und Schulleitung führen zu einer spürbaren Entlastung des einzelnen Lehrers. Lehrer haben in Dumfries & Galloway ein positives Arbeitsumfeld. Sie arbeiten tagsüber in einem Klassen-/Fachraum, für den sie Verantwortung tragen. In diesem Fachraum bewahrt der Lehrer in der Regel seine kompletten Unterrichtsmaterialien auf. Vor- und Nachbereitungen erfolgen ebenso in diesen Räumen, da die 35-Stunden-Woche 35 Stunden Präsenz in der Schule bedeuten. Die Fachräume sind mit einem Telefon und einem netzwerkgebundenen Computer<sup>13</sup> ausgestattet. Jeder Lehrer und jeder Schüler hat seine eigene E-Mail-Adresse und einen Netzwerkkaccount. In der Dumfries High School wurde mir stolz präsentiert, dass die Schüler an jedem Computer in der Schule Zugriff auf ihre E-Mails und ihre Dateien haben. Die Computerkabinette werden zur Erledigung der Hausaufgaben genutzt. Dumfries High School war in den vergangenen Jahren bestrebt, alle Fachräume mit „Smart Boards“ (elektronischen Tafeln) auszurüsten. Ein technisches Hilfsmittel, das die Didaktik des Fachunterrichts spürbar modernisiert. Alles, was auf dem Computer zu entwerfen und zu simulieren ist, kann für alle Schüler nachvollziehbar an die Tafel projiziert werden. Tafelbilder sind interaktiv. Die Kreide hat ausgedient, wie auch mühsam angebrachte statische Tafelbilder. Als eine zentrale Verwaltungssoftware hat sich das Programm PHOENIX etabliert. Noch wird es in den Schulen unterschiedlich intensiv eingesetzt. Zur zentralen Erfassung und zur Steuerung des Berichtswesens im Rahmen der Schulentwicklung ist dieses Programm einheitlicher Standard. Die Intensität der Nutzung unterschied sich zwischen zwei weiterführenden Schulen insoweit, dass an der einen Schule jeder einzelne Lehrer gehalten ist, seine Unterrichtsdokumentation über dieses Programm abzuwickeln. An der anderen Schule werden die in der Regel schriftlich verfassten Berichte im Schulleitungssekretariat (vier Vollzeitsekretärinnen plus Schreibkräfte, zwei Vollzeitkopierkräfte) in das Programm eingearbeitet. Die Zugriffsrechte auf dieses System sind ebenfalls hierarchisch administriert wie der Aufbau der Schule selbst. Uneingeschränkter Zugang zu allen Daten und Verwaltungsbereichen hat nur der Schulleiter. Weitgehende Zugriffsrechte hat das Förderzentrum der Schule. PHOENIX erlaubt dem Schulleiter, sich schnell und unkompliziert jederzeit mit Hilfe statistischer Zusammenfassungen einen Überblick über die Leistungs- und Disziplinsituation einzelner Kurse oder Schüler zu verschaffen. Die komplette Anwesenheitskontrolle der Schüler wird über das System abgewickelt. Ein Fachlehrer ist für einen Kurs zuständig und erfasst einmal täglich die Anwesenheit der Kursteilnehmer. Zahlreiche sehr ausdifferenzierte Leistungs- und Verhaltensindikatoren in diesem Berichtssystem machen das Förderzentrum und den Schulleiter auf bestimmte Schwierigkeiten mit Schülern aufmerksam. In der Nachbereitung der Kursstunde ist der Fachlehrer gehalten, bei besonderen Vorkommnissen sich dieses Programms zu bedienen und entsprechende Eintra-



gungen in der elektronischen Schülerakte vorzunehmen. Die Interventionspflicht der Schulleitung und des Pupil Support kann erst mit diesem Berichtssystem hinreichend wirken. Die Handhabung des Systems an der Langholm Academy war sehr überzeugend, vor allem in der Interaktion zwischen Fachlehrer – Förderzentrum – Schulleiter. Das System bietet eine gute Voraussetzung für eine Reduzierung von Reibungsverlusten und Dokumentationslücken. Der Schulleiter der Langholm Academy nannte dies „strukturierte Kommunikation“.

#### d) Das Verhaltensunterstützungssystem – Behaviour Support<sup>14</sup>

Den alltäglichen Problemen in der Schule angemessen empfand ich die Wirksamkeit des Verhaltensunterstützungssystems. Verhaltensprobleme von Schülern haben verschiedene Ursachen. Sie haben immer zur Folge, dass der Unterrichtsbetrieb beeinträchtigt wird. Schon das Stören des Unterrichts durch unaufgefordertes Reden mit dem Nachbarn, Hänseleien und physische Gewalt gegenüber Mitschülern (2001-02 lagen 27 Prozent der Schulausschlüsse in Schottland diesem Fakt zugrunde) im oder außerhalb des Unterrichts, respektloses verbales Auftreten gegenüber Mitschülern und Lehrern (49 Prozent der Schulausschlüsse gehen auf dieses Verhalten zurück), sind Formen von Verhaltensauffälligkeiten, die nicht einem respektvollen Umgang mit Mitmenschen und Sachen entsprechen.

Daher ist es naiv zu glauben, diesen Problemen nicht gesondert begegnen zu müssen. Die Verhaltensunterstützung benötigt ein ebenso breit gefächertes Interventions- und Motivationsinstrumentarium wie die Lernhilfe. Schüler mit Verhaltensproblemen haben zumeist Lernschwierigkeiten. Aus diesem Grund ist das Zusammenwirken beider Systeme im zentralen Schülerunterstützungssystem „Pupil Support“ unabdingbar und durch die Konstruktion des Unterstützungssystems gewährleistet.

Im schottischen Vergleich hat die erfolgreiche Anwendung des Verhaltensunterstützungssystems in Dumfries & Galloway eine sichtbare Absenkung der Schulausschlüsse zur Folge gehabt. „Besseres Verhalten – besseres Lernen“ ist die Maxime der schottischen Regierung, um Verhaltensproblemen zu begegnen. Die Darstellung der theoretischen Grundlagen würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen. Vielmehr möchte ich mich auf das „erlebte“ Verhaltensunterstützungssystem beschränken. Das Verhaltensunterstützungssystem wird in Dumfries & Galloway nicht nur als Bestrafungs- oder Repressionssystem begriffen, sondern in erster Linie als Hilfsangebot an Schüler mit Verhaltens- und daraus resultierenden Lernproblemen. Die Bestrafung, die unmittelbare Interventionsmöglichkeit ist nur ein Element, das in der Ultima Ratio den Schulausschluss und die Zu- oder Einweisung in eine Schulstation nach sich zieht. Das Bemühen der Schulen und der Schulverwaltung in Dumfries & Galloway zeichnet sich aber dadurch aus, den Anteil dieser Schüler kontinuierlich zu senken. Mit diesem Bemühen wird deutlich, dass die Priorität auf Hilfe und nicht auf Bestrafung ausgerichtet ist.

Die Probleme müssen dann gelöst werden, wenn sie auftreten. Kleinere Verhaltensprobleme im Unterricht haben die Fachlehrer allein zu bewältigen. Zum

Instrumentarium gehören kleinere Strafarbeiten im Rahmen des zu behandelnden Unterrichtsstoffes und Ermahnungen. Jeder Disziplinverstoß wird in der elektronischen Schülerakte vermerkt, ebenso wie die Maßnahmen, die ergriffen werden. Damit liegt für die Schule als Nachweis gegenüber den Eltern und den Schulbehörden immer eine lückenlose Dokumentation aller Vorfälle vor (Incident Manager). Von jedem Schüler kann chronologisch eine Verhaltensentwicklung dargestellt werden. Nach den kleineren, dann fruchtlosen Interventionsmaßnahmen und fortgesetzter Dokumentation des Fachlehrers greift der Schulleiter oder die Schulleitung des „Pupil Support“ ein. Ungebührlichem Verhalten wird dann mit einem „Verhaltensbeobachtungsblatt“ begegnet, das schülerbezogen in mehreren Punkten positive Verhaltensmuster enthält („Er/sie kooperiert mit allen Lehrern und Angestellten“, „Er/sie fertigt gute Arbeiten an, die seinen Fähigkeiten Ausdruck verleihen“, etc.), die in jeder Stunde von jedem Fachlehrer einer Wertung unterzogen werden müssen. Ziel des Verhaltensblattes ist, den Schüler auf das gewünschte Verhalten hinzuführen. Nur in einem Punkt des Verhaltensblattes haben Lehrer die Möglichkeit negative Verhaltensformen festzustellen, wenn sie weiterhin auftreten sollten. Das Verhaltensblatt wird täglich dem Schulleiter zur Auswertung vorgelegt. Die Eltern werden darüber ebenfalls täglich informiert. Begleitet wird dieser Prozess durch Gespräche mit den Lehrern des Pupil Support und dem Schulleiter. In der Regel sind diese Maßnahmen ausreichend, um den Schüler wieder auf den Pfad der Tugend zurückzuführen. Die Erfahrung zeigt, dass mit diesen Maßnahmen eine Eskalation von Verhaltensproblemen vermieden werden konnte.

Ein weiteres Merkmal der Verhaltensunterstützung begegnete mir an der Dumfries High School. Aufgrund ihrer Größe (ca. 1.100 Schüler) und der dementsprechend weitläufigen Infrastruktur verfügt diese Schule über ein separates Gebäude auf dem Schulgelände. In diesem Gebäude sind die Unterstützungslehrer untergebracht. Die Räume bieten die Möglichkeit für individuelles Lernen und Gespräche mit Schülern, die Verhaltensprobleme aufweisen. Ziel ist es grundsätzlich, der Mehrheit der Schüler ein ungestörtes Lernen zu ermöglichen. Ein Stellvertreter des Schulleiters hat während der Unterrichtszeit „Bereitschaft“.

Im Falle von Disziplinschwierigkeiten im Unterricht ist der Fachlehrer gehalten, den Stellvertreter umgehend durch einen Anruf zu informieren und die betreffenden Schüler vom Unterricht auszuschließen. Der Stellvertreter holt die Schüler ab und geht mit ihnen in die Räumlichkeiten des Pupil Support. Dort wird umgehend das Fehlverhalten ausgewertet. Oft wird dazu direkt der Schulleiter hinzugezogen. Ebenso erfolgt eine Information der Eltern. Der verpasste Unterrichtsstoff wird nachgearbeitet. Der Pupil Support und der Schulleiter entscheiden, ob der Schüler weitere Unterstützung benötigt, ob Psychologen hinzugezogen werden müssen etc. Parallel dazu können das bereits geschilderte Verfahren mit den Verhaltensblättern eingesetzt oder ergänzende therapeutische Maßnahmen angesetzt werden. Das hängt von der Verhaltens- und Lernhistorie des Schülers ab. Jeder Verstoß gegen einen respektvollen Umgang miteinander führt so zu einer

Sanktion, die das Interesse der Schule deutlich artikuliert. Jede Sanktion ist aber mit einem Hilfsangebot verknüpft. Kein Schüler wird aufgegeben. Verhaltensverstöße werden nicht toleriert und banalisiert. Es gilt, weiteren möglichen negativen Entwicklungen von Anfang an zu begegnen.

Die konsequente Anwendung einer frühen Intervention zeigt, dass sich in Dumfries & Galloway die Rate der Schulausschlüsse senken ließ. Wichtig ist, dass anerkannt wird, dass zwischen „besserem Verhalten und besserem Lernen“ ein kausaler Zusammenhang besteht. Dieser Zusammenhang muss sich auch in den Unterstützungssystemen widerspiegeln.

#### e) Schulentwicklung und Evaluation

Bildungsstandards können nur entwickelt werden, wenn die Bildungspolitik klar die Bildungsziele definiert. Die Definition dieser Bildungsziele verlangt zum einen eine plakative Vorgabe, zum anderen aber die Möglichkeit, diese plakative Vorgabe in einem bestimmten Rahmen mit konkreten Inhalten zu füllen.

Die Definition von Bildungszielen ist in Schottland keine statische Vorgabe, sondern ein fortwährend andauernder Prozess der Überprüfung, Fortschreibung und Weiterentwicklung. Im Unterschied zu bildungspolitischen Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern hat in Schottland die Benennung von Bildungszielen konkrete politische Auswirkungen in der Bereitstellung von finanziellen Mitteln und der Entwicklung zielbezogener Programme. Die schottische Regierung und das schottische Parlament haben fünf nationale Bildungsprioritäten definiert:

- Leistung und Erreichbarkeit von Leistung,
- Rahmenbedingungen für das Lernen,
- Einbeziehen und Gleichheit,
- Werte und bürgerschaftliches Engagement,
- Lebenslanges Lernen.

Diese fünf nationalen Prioritäten sind die Grundlage für Schlüsselthemen in der Umsetzungspolitik, die wiederum die Grundlage für die lokalen Prioritäten darstellen. Die Ansiedlung der Schulverwaltung auf Landkreisebene macht eine derartige Deklination und Aufschlüsselung der weit gefassten nationalen Vorgaben unerlässlich, um daraus zielgerichtete Maßnahmen ableiten und entwickeln zu können.

Beispielhaft bedeutet für den Landkreis Dumfries & Galloway die nationale Priorität „Leistung und Erreichbarkeit von Leistung“ Folgendes:

1. Die Erhöhung von Standards der Lesefähigkeit und Rechenfähigkeit von Grund- und Oberschülern mit einer besonderen Fokussierung auf die mittlere und höhere Grundschule und die frühe Oberschule.
2. Die Verbesserung der Leistung in nationalen Prüfungen auf allen Kompetenzstufen.
3. Die Verbesserung des Übergangs zwischen Vorschule und Grundschule bzw. Grundschule und Oberschule.
4. Die Verbesserung der Durchsetzung des Curriculums in der Grundschule und Oberschule mit einer besonderen Fokussierung auf
  - moderne Fremdsprachen,
  - ausdrucksvolle Kunst,
  - Wissenschaft und Technologie,
  - ICT (Informatik)-Denkfähigkeit,

5. Die Förderung der Kapazitäten der Schulen zur Beobachtung und Evaluation ihrer Effektivität in allen Bereichen ihrer Arbeit,
6. Verbesserung von Einschätzungs-Abläufen in Schulen<sup>15</sup>.

Im jährlich erscheinenden „Standards and Education Report“ wird deutlich, dass der Schwerpunktsetzung in den Bildungsplänen immer die Analyse bzw. die jeweiligen Jahresberichte vorangehen: „In order to plan effectively you need to know how you are doing. This is common sense. Effective selfevaluation provides a strong basis for good planning.“<sup>16</sup>

Jahr für Jahr können schulintern bzw. schulübergreifend nur bestimmte Schwerpunktbereiche abgearbeitet werden, in denen besondere Schwächen und Schwierigkeiten festgestellt wurden.

Grundlage aller schulübergreifenden Schwerpunktsetzungen sind sowohl die schulinternen Analysen als auch die Zielsetzung der Schulaufsicht. Dabei werden neue erziehungswissenschaftliche Erkenntnisse erzielt, aber behutsam in die Praxis eingearbeitet.

Im Unterschied zu Mecklenburg-Vorpommern erfolgt jährlich eine zielgerichtete Analyse der Bildungserfolge oder Misserfolge, und es werden entsprechende Konsequenzen gezogen. Jede Schule durchläuft für sich diesen Prozess. So heißt es im Lochmaben Primary School Handbook: „On an annual basis the Head Teacher, staff, pupils, parent and the School's Education Officer identify areas of the curriculum to be developed that year and the School Improvement Plan is updated accordingly.“<sup>17</sup>

Das ist gelebte innere Schulentwicklung. Sie agiert im Zusammenhang mit der Schulaufsicht, die diesen Prozess beratend begleitet (Education Officer) und neue Impulse<sup>18</sup> setzt. Weder Schulleiter noch Lehrer werden mit dieser Aufgabe allein gelassen. Schulräte sind Berater. Sie geben die Impulse in der pädagogischen Entwicklung für jede einzelne Schule mit ihren ganz speziellen Problemen. Schulräte sind nicht die Personalverwalter der Schulen. Sie sind der Fachberater und widmen sich als Schulaufsicht nahezu ausschließlich der Weiterentwicklung der Schule, die selbstverständlich die Kontrolle des bisher Erreichten mit einschließt. Das sich gegenseitig bedingende fachlich orientierte Prinzip der Schulaufsicht und die tägliche Schulpraxis funktioniert weit weg von nahezu jährlichen Strukturdiskussionen, ob nun das eine oder das andere Schulsystem erfolgreicher ist. Die Frage ist seit 20 Jahren in Schottland abschließend geklärt. Der Erfolg eines Systems wird daran gemessen, wie im Inneren der Schule gearbeitet und wie Schule weiterentwickelt wird.

How good is our school? – Wie gut ist unsere Schule? Selbstevaluation mit Hilfe von Qualitätsindikatoren<sup>19</sup>, Analyse und Selbstevaluation spielen im schottischen Schulsystem eine zentrale Rolle. Der Evaluation unterliegen nicht nur die Schulen selbst, sondern auch die Schulverwaltung des Landkreises, einschließlich der Schulaufsicht. Die Qualitätsindikatoren haben einen übergreifenden, allgemein gültigen Charakter, die jeder Qualitätsüberprüfung eine objektive Grundlage und Richtlinie bietet. Damit entsteht ein Höchstmaß an Transparenz und Vergleichbarkeit. „There is no mystique here: evaluation by HMIE covers the same ground as school evaluation, using indicators and languages shared with schools and teachers“<sup>20</sup>

Die Beantwortung der drei zentralen Fragen löst einen zielorientierten Evaluationsprozess aus. Dafür wurden sieben „Schlüsselbereiche“ definiert, in denen die Qualitätsindikatoren gesetzt werden:

1. Schulcurriculum,
2. die Erreichbarkeit der Leistungen,
3. Lernen und Lehren,
4. Unterstützung der Schüler,
5. Ethik,
6. Ressourcen,
7. Management, Führung und Qualitätssicherstellung.

Unter Berücksichtigung dieser „Schlüsselbereiche“ werden die drei zentralen Fragen entsprechend beantwortet. Vergleichbarkeit und Messbarkeit setzen natürlich einheitliche Standards voraus. Um in diesem Prozess Orientierung zu finden und zu geben, wurde ein Leistungssystem entwickelt. Darauf gestützt kann die Frage vom einzelnen Schüler über die Klasse bis hin zur gesamten Schule beantwortet werden, wie sich die Leistungsentwicklung an der Schule darstellt und wie die Schule in diesem Bereich einzuschätzen ist. Mit diesem System lassen sich weitere Bereiche der Leistungsentwicklung konkret analysieren, wie z. B. besondere Stärken und Schwächen (in einem bestimmten curricularen Bereich, auf einem bestimmten Level, oder innerhalb der Schule generell), positive oder negative Trends über eine gewisse Zeitspanne oder die Schülerentwicklung durch das einzelne Schulsystem.

HMIE – (Her Majesty's Inspectorate of Education) zeigt großes Interesse, den Evaluationsprozess auf das gesamte Schuljahr zu verteilen. Es soll ein fortlaufender Prozess sein, der nicht zum Ende des Schuljahres ein hektisches Sammeln von Daten hervorruft, sondern der im laufenden Schuljahr zur Selbstbeobachtung führt und sicherstellt, dass die selbst gesteckten Ziele zum Schuljahresende erreicht werden. Es nutzt nichts am Ende des Schuljahres lapidar festzustellen, das Ziel wurde erreicht oder nicht erreicht, und dann erst mit der Problemanalyse anzufangen. HMIE ist bestrebt, den Schulen eine „Evaluationsroutine“ zu vermitteln, damit dieser Prozess nicht zum Selbstzweck verkommt, sondern ein beherrschbares Hilfsmittel für die Arbeit im laufenden Schuljahr bleibt. Eine Evaluationsroutine lässt sich in den Schulkalender integrieren. Der Evaluationsgegenstand wird individuell in der einzelnen Schule definiert, muss aber auf die Qualitätsindikatoren bezogen werden, die fest definiert sind. So ergibt sich zum einen die schulinterne Analyse und zum anderen lässt sich anhand der Qualitätsindikatoren ein Qualitätsbild erstellen, das sowohl schulintern aber auch im Vergleich mit anderen Schulen – im Landkreis oder Schottland – aussagefähig ist. In den jeweiligen Gebietsstrukturen sind diese Ergebnisse im jährlichen „Standards- und Qualitätsbericht“ zusammengefasst und geben einen breiten Überblick über die Leistungsfähigkeit der Schulen in jeweiligen Gebietskörperschaften.

Herzstück der Evaluation sind und bleiben jedoch aufgrund ihrer klaren Struktur und statistisch klaren Auswertbarkeit die Qualitätsindikatoren.

Durch die Vorgaben der HMIE, die aus der kontinuierlichen Analyse über Jahre gewachsen sind, wird der Rahmen für die Qualitätsentwicklung an Schulen klar abgesteckt. Nach diesen Maßstäben evaluiert HMIE

regelmäßig die Schulen und die Schulverwaltungen der Gebietskörperschaften. Auf der Internet-Homepage von HMIE werden alle Evaluationsberichte veröffentlicht. Ein Nebeneffekt: Der daraus erwachsene öffentliche Druck auf die Schule ist eine wesentliche Motivation für die ständige Verbesserung der Unterrichts- und Erziehungsleistungen. Andere Sanktionsmaßnahmen für beispielsweise das Nichterreichen von Standards und Zielen gibt es nicht. Deutlich wird, dass der Evaluationsprozess in mehreren Stufen und auf verschiedenen Ebenen durchgeführt werden muss:

1. Ziele und Standards müssen für jeden klar definiert und transparent sein.
2. Qualitätsindikatoren haben sich am tatsächlichen Bedingungsgefüge von Schule auszurichten, müssen die Ziele und Standards widerspiegeln.
3. Schüler, Lehrer, Eltern und Schulaufsicht sind einzubeziehen und umfassend zu informieren.
4. Selbst-Evaluation ist ein Prozess, der von der gesamten Schule getragen werden muss.
5. Sowohl Schule als auch Schulaufsicht und Schulverwaltung unterliegen der Evaluation.
6. Schulübergreifende Evaluation muss von einer externen und unabhängigen (staatlichen) Einrichtung übernommen und durchgeführt werden. Sie ist Hilfe zur Selbsthilfe für jede einzelne Schule.
7. Ein einheitliches Berichtswesen, das der Öffentlichkeit uneingeschränkt zur Verfügung gestellt wird, muss auf der Grundlage der Evaluation entwickelt werden.

## FAZIT

Das ist nur ein kurzer Abriss über das schottische Schulwesen. Aussagen zur Struktur fehlen bewusst. Schottland zeigt, dass sich Bildungspolitik an den Realitäten ausrichten muss. Das manifestierte sich vor allem an der Zweiteilung des Unterstützungssystems in ein Lern- und ein Verhaltensunterstützungssystem. Das ehrliche Eingeständnis von Verhaltensproblemen einiger Schüler, das das Schul- und Unterrichtsklima negativ beeinflusst, führte zur Etablierung eines eigenen Zweigs von Hilfsangeboten für die Schüler. Aber die Unterstützungsangebote für Schüler sind gleichzeitig Unterstützungsangebote für Lehrer. Durch die klare Arbeitsteilung wird der Fachlehrer entlastet und kann sich voll und ganz dem Fachunterricht widmen. Der Unterstützungslehrer kann sich auf temporäre Problemlagen der Schüler konzentrieren und hat nicht den Druck der Stoffvermittlung für 25 andere Schüler zu berücksichtigen. In Schottland haben sich Hilfssysteme entwickelt, die die Probleme nicht beseitigt haben, aber sinnvolle Instrumente liefern, ihnen zu begegnen. Ich habe zufriedene Lehrer erlebt, die Zeit für ihre Schüler hatten.

Die Erläuterungen zu den Fußnoten 1 bis 20 finden Sie in der Internetpräsentation dieser Zeitschrift auf der Homepage des VBE Hessen ([www.vbe-he.de](http://www.vbe-he.de))

Der Autor Udo Michallik ist parlamentarischer Berater für Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik der CDU-Landtagsfraktion M-V.

(Quelle: VBE-Report MV II./2005)

## Die nachahmenswerteste Meldung

„Die Organisationsfrequenzen für die Bildung von Eingangsklassen betragen

1. für die Jahrgangsstufe 1 an Grundschulen 27,
2. für die Jahrgangsstufe 5 an Haupt- und Realschulen 27,
3. für die Jahrgangsstufe 5 an Gymnasien 29,
4. für die Jahrgangsstufe 5 an integrierten Gesamtschulen 26,
5. für die Jahrgangsstufe 5 an kooperativen Gesamtschulen 26,
6. für die Jahrgangsstufe 7 an Hauptschulen 25,
7. für die Jahrgangsstufe 7 an Realschulen 29,
8. für die Jahrgangsstufe 7 an integrierten Haupt- und Realschulen 26,
9. für die Jahrgangsstufe 7 an Gymnasien 27 usw.“

(Aus der „Verordnung über die Organisationsfrequenzen an allgemein bildenden Schulen“ der Hansestadt Hamburg vom 23. Juni 2005).

Da ist aber Hessen nicht vorn! Uns mutet man z. B. im Gymnasium immer noch Klassen mit über 33 Schülern und in der Hauptschule mit bis zu 28 Schülern zu ...

## Bücher – Medienecke

Eine Bibliothek der  
Superlative  
Digitale Sammlung  
deutscher Literatur erstaunt  
durch schierem Umfang

600.000 Seiten, 2.900 teils mehrbändige Werke, 970 Werk- und Gesamtausgaben: das sind über 1.300 dünne bis sehr dicke Romane, Erzählungen und Autobiografien, rund 2.000 Prosatexte, circa 23.000 Märchen und Sagen, 600 Essays und theoretische Schriften, über 500 Dramen und mehr als 60.000 Gedichte. Das ergibt eine Bibliothek von weit mehr als 70 Regalmetern, und ein Mensch wäre über 4 Jahre lang 8 Stunden täglich beschäftigt, um sämtliche Bücher zu lesen. Er hätte sich dann alle Werke angeeignet, die in der deutschen Literaturgeschichte einen wichtigen Platz einnehmen und einen repräsentativen Querschnitt derjenigen Werke gelesen, die zwar heute nicht mehr zum »Kanon« gehören, die aber in sonst einer Weise eine Rolle in der Geschichte der deutschen Literatur gespielt haben und denen deshalb in gängigen Literaturlexika einige Beachtung geschenkt wird.

Da in einer schnelllebigen Zeit wie der heutigen kaum mit einem derartigen Lektüreeifer zu rechnen ist, erscheint diese Bibliothek nicht in dicken Buchkassetten in 300 Lieferungen, son-

dern kompakt auf einer DVD. Das bedeutet nicht nur Platz- sondern auch Zeitersparnis. Durch die Erfassung aller Werke in einer großen Tabelle lässt sich blitzschnell nach Werken und Autoren suchen, und die Volltextsuche leistet in einem solch umfangreichen Textbestand wahre Wunder. Querverbindungen tauchen dabei zwischen den verschiedenen Werken und Autoren auf, die selbst einer literaturwissenschaftlich geschulten Spürnase nicht ohne Weiteres in den Sinn gekommen wären.

Da finden sich je nach Sucheingabe interessante Charakterisierungen Mozarts und Schuberts in zeitgenössischen autobiografischen Schriften, ein Ringelnetz-Gedicht über Karl May oder z. B. 257 Fundstellen zum Thema Menschenrechte. Sebastian Brants »Narrenschiffe« ist das früheste enthaltene Werk; Kurt Tucholskys in der »Weltbühne« veröffentlichten satirischen Schriften setzen den zeitlichen Schlusspunkt. Einige besonders umfangreiche und seltene Werke liegen hier seit ihrer Erstveröffentlichung zum ersten Mal im Neusatz vor, wie z. B. Daniel Casper von Lohensteins 3.130 Buchseiten umfassender Roman »Großmüthiger Feldherr Arminius« oder Herrmann Goedsches 1.500-Seiter »Sebastopol«.

Die DVD-ROM »Deutsche Literatur von Luther bis Tucholsky« ist noch bis zum 31. März 2006 zum Subskriptionspreis von 75 Euro im Handel erhältlich. Danach wird die Ausgabe 90 Euro kosten. Weitere Informationen sowie das komplette Inhaltsverzeichnis sind unter [www.digitale-bibliothek.de](http://www.digitale-bibliothek.de) einzusehen. Das Inhaltsverzeichnis in gedruckter Form kann kostenlos beim Verlag angefordert werden.

## Die putzigste Meldung

„Pädagogische Leiterin / Pädagogischer Leiter einer Förderstufe, jeweilige Besoldungsgruppe und Stellenzulage von 51.13 €“ (Ausschreibungstext aus dem Amtsblatt 11/2005 für das Staatliche Schulamt für den Main-Kinzig-Kreis).

Das ist einfach toll. Da schafft das neue Schulgesetz die Förderstufenleiter ab – und das Land Hessen schreibt tapfer aus. Aber wer im Wandererlass noch die DDR kennt und in Veröffentlichungen das Fach Sozialkunde kennt – das längst Politik und Wirtschaft heißt –, der braucht wohl auch einige Zeit, bis er die eigenen Gesetze kennt ...

## Annus mirabilis – Einsteins Wunderjahr

Im März, April, Mai, Juni und September des Jahres 1905 reichte Albert Einstein fünf bahnbrechende Arbeiten ein, in denen mit der Speziellen Relativitätstheorie eine der zentralen naturwissenschaftlichen Theorien der Menschheit entstand und der Grundstein der Quantentheorie gelegt wurde, für die Einstein 16 Jahre später der Nobelpreis verliehen wurde. Sein verblüffender Erfolg als Außenseiter, der bis dato weder promoviert war noch eine Stelle an der Universität innehatte, sicherte ihm schlagartig ein hohes Ansehen in der wissenschaftlichen Welt, machte ihn aber auch in der breiten Öffentlichkeit zu einer regelrechten Kultfigur.

Die in der digitalen Bibliothek erschienene CD-ROM »Albert Einstein: Leben und Werk« nähert sich diesem menschlichen wie wissenschaftlichen Phänomen deshalb sowohl biografisch-autobiografisch als auch inhaltlich: die fünf – erstaunlich kurzen – Schriften aus dem Jahr 1905 sind komplett enthalten und werden in zwei Einführungen erläutert. Einsteins »Spezielle Relativitätstheorie« wird durch zahlreiche Beispiele und Vergleiche auch dem physikalischen Laien nahe gebracht. In dem ebenfalls enthaltenen Band »Die Evolution der Physik«, einem geschichtlichen Abriss des physikalischen Denkens, vergleichen Albert Einstein und Leopold Infeld die Physik mit einem Kriminalfall: intuitive Lösungsversuche führen meist auf die falsche Fährte, die Entschlüsselung der Naturgesetze verlangt nach wissenschaftlicher Beweisführung.

Wer eher auf biografischer Anekdoten-Jagd ist, sollte die Suchfunktion zum Stöbern in Thomas Bühres Biografie und den autobiografischen Dokumenten nutzen: „Du hast weder Zärtlichkeiten von mir zu erwarten noch irgendwelche Vorwürfe zu machen“ – so heißt es reichlich harsch in Einsteins Memorandum zu seiner ersten Ehe, das die Beziehung mit seiner Frau Mileva wie ein Geschäftsvertrag regeln sollte. Wie zu seiner ersten Frau hatte Einstein auch ein zwiespältiges Verhältnis zur Zahnhygiene. So schreibt er an seine Cousine Elsa: „Zahnbürste aus acht wissenschaftlichen Erwägungen betreffend die Gefährlichkeit der Schweinsborste wieder in Ruhestand versetzt: Schweinsborste bohrt Diamanten durch; wie sollten also meine Zähne ihr widerstehen?“. Noch viele weitere ernste und heitere Zitate finden sich in den beiden Bänden »Mein Weltbild« und »Aus meinen späten Jahren«, die die Zusammenstellung abrunden und sie zusätzlich zu einer Fundgrube für Bonmot-Stöberer machen.

»Albert Einstein – Leben und Werk«  
Verlag Directmedia Publishing GmbH;  
Möckernstraße 68; 10965 Berlin,  
Die CD-ROM (ISBN 3-89853-522-3) ist im  
Buchhandel für 30 € erhältlich.

Eberhard Reich



## Denken und Lernen Hirnforschung und pädagogische Praxis

**H**irnforschung und Neurobiologie haben in den letzten Jahren zahlreiche neue Erkenntnisse vermittelt. Eberhard Reich zeigt, wie wichtig die neuen Erkenntnisse der Hirnforschung sind, weist aber auch auf die Gefahr hin, dass sich die Pädagogik bei einer unreflektierten Aufnahme als einseitig technologische Wissenschaft vom effizienten Lernen entwickeln könnte. Pädagogik steht immer im Spannungsfeld zwischen kultureller Umgebung und dem lernenden Individuum. Dem Leser werden die faszinierenden Erkenntnisse der Neurobiologie verständlich nahe gebracht und in ihrer Bedeutung für die Erziehungswissenschaft kritisch gewürdigt.

**Der Autor:** Eberhard Reich, geb. 1953, ist Konrektor an der Christophorus-Schule in Freudenstadt. Neben seiner Lehrertätigkeit promovierte er an der Universität Tübingen und war Lehrbeauftragter an der Fakultät für Sonderpädagogik der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.

Eberhard Reich  
Denken und Lernen  
Hirnforschung und pädagogische Praxis  
176 S. 4 Abb. geb. ISBN 3-534-17618-9  
Preis 29,- €

**KLASSE(n)FAHRTEN**

Lehrerhotline: 06561-944410

you:tel

Bildung II  
Sport II  
Coaching II  
Feste II  
Fun II

**NEU!! Knigge-Seminar**  
ab 7€ pro Person!

**Jugendhotel Bitburg**

Stadt-Land-Fluß  
"die" Pauschale für Schulklassen,  
komplett organisiert von A - Z.

**All inclusive Wochen**  
Essen und Trinken soviel man kann-  
ohne Mehrkosten.

Tel.: 06561-944410 E-Mail: info@youtel.de  
Fax: 06561-944420 Internet: www.youtel.de

## Die schlechteste Meldung

„Die befristeten Lehrerverträge seien einfach notwendig, um Unterrichtsausfälle zu vermeiden, die durch langfristige Krankheiten oder Elternzeit entstehen, sagt Volker Blum, Leiter des staatlichen Schulamtes für den Landkreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis. Außerdem würden auch deshalb nicht alle zurzeit benötigten Lehrerstellen mit Beamtenstellen abgedeckt, weil ein Rückgang der Schülerzahlen prognostiziert ist.“  
(Aus einer Meldung der Frankfurter Rundschau vom 17. Oktober 2005).

**Ei, ei! Hat da jemand aus dem Nähkästchen geplaudert? Bislang wurde uns doch immer versprochen, dass die rückgehenden Schülerzahlen zur Verbesserung der Arbeitssituation und der pädagogischen Maßnahmen verwendet werden sollen. In jedem Falle ist eine solche Aussage verräterisch – und sollte schleunigst vom Kultusministerium dementiert werden ... (wenn das denn geht!)**

## Regionalverband Offenbach Veranstaltungen im Schuljahr 2005/2006

**Donnerstag, 02.02.06**

16.00–18.00 Uhr  
Informationsveranstaltung  
„Schulrecht im Alltag“  
Ort: Käthe-Paulus-Schule, Mainhausen-Zellhausen.

**Samstag, 04.03.06**

9.00–16.00 Uhr  
Praxisorientierte Lehrerfortbildung  
„Zaubern mit Kindern (Einführung)“  
Ort: Käthe-Paulus-Schule, Mainhausen-Zellhausen.

Die Namen der Referenten, die genauen Themenbeschreibungen, den Akkreditierungsvermerk mit Angabe der Leistungspunkte, ggf. anfallende Kosten und den Kontakt zur Anmeldung entnehmen Sie bitte der jeweiligen Einladung, die Ihnen rechtzeitig auf dem gewohnten Wege (bei VBE-Mitgliedern per Post, sonst per Aushang in der Schule) zugeht.

Achten Sie im Einladungsschreiben sicherheits- halber auch noch mal auf Datum und Uhrzeit, falls die hier genannten Termine nicht exakt eingehalten werden können.

## Regionalverband Eder-Schwalm Junge Lehrer nicht überfordern

**D**er Regionalverband Bildung und Erziehung Eder-Schwalm macht sich Sorgen um die jungen Lehrerinnen und Lehrer, die nach Abschluss ihres zweijährigen Referendariats an den Studienseminaren ihre pädagogische Feuerprobe als Klassen- und Fachlehrer und als Kolleginnen und Kollegen in einer schwieriger gewordenen Schulwirklichkeit bestehen müssen. Schwieriger deshalb, weil sich ihr Einsatzfeld Schule seit ihrer Entscheidung für den Lehrber-

ruf vor 6–8 Jahren als ein pädagogisches Terrain entwickelt hat, auf dem der erzieherische Konsens, ein solidarisches Miteinander, Professionalität und Berufsethos zunehmend abhanden zu kommen drohen.

Wenn von nicht wenigen Berufseinsteigern bereits nach einigen Monaten Schulpraxis Sätze zu hören sind wie „Ich weiß nicht, ob ich das 35 bis 40 Jahre durchhalte“ oder „Ich komme vor lauter Schule ja zu nichts anderem mehr“ oder gar „Ich spiele für die Damen und Herren Pensionsanwärter im Wartestand nicht mehr lange den Deppen“, so lässt das aufhorchen.

Derlei Äußerungen sollte man nach Auffassung des VBE-Regionalvorstands nicht mit der Bemerkung abtun, sie seien eigentlich ganz normal, es handele sich um die bekannten Klage- lieder aller Junglehrergenerationen.

Der Regionalverband hält es ganz entschieden nicht für den Normalfall, wenn Junglehrer – insbesondere an weiterführenden Schulen – sich wie gestresste Altgediente äußern, wo doch Zukunftsoptimismus, Einsatzfreude und berufliche Zufriedenheit das Fundament für eine erfolgreiche Nach-Pisa-Ära an den Schulen bilden sollten. Einem frühen Ausbrennen (Burn-out) muss offensiv begegnet werden.

Der Verband nennt eine ganze Palette von Gründen, die es den Jungpädagogen erschweren, schnell festen Tritt an ihren Schulen zu fassen:

- Praxisschock-Erfahrungen mit einzelnen Schülern und mit Lerngruppen, die einfache Regeln des Miteinanders nicht akzeptieren, Achtung und Respekt vor der Lehrperson vermissen lassen und deren Ehre und Menschenwürde mitunter grob verletzen.
- Eine oft schwierige Suche nach unvoreingenommenen und fairen Vertrauenspersonen im Kollegenkreis, denen man risikolose Probleme anvertrauen kann. Die Gefahr an so genannte falsche Freunde zu geraten, ist für Junglehrer relativ groß.
- Die Tendenz bei Junglehrern aus Erfahrungsmangel vieles unreflektiert zu akzeptieren bzw. zu übernehmen, was ihnen Schulleitung und Kollegiumsbeschlüsse aufbürden, ist besonders ausgeprägt: Wer will schon als „Frischling“ unkollegial erscheinen!

- Weite Schulwege bei großer schulischer Präsenz (Vor- und Nachmittagsstunden) engen den Privatbereich, insbesondere für junge Väter und Mütter mit Existenzgründungsproblemen, stark ein. Dies gilt analog für schulinterne Fortbildungen, die weit vom Schulort entfernt an Wochenenden stattfinden.
- Fachfremder Unterrichtseinsatz mit der dafür erforderlichen Schließung fachwissenschaftlicher und ggf. fachdidaktischer Lücken verlangt notwendigerweise ein hohes Engagement, das auch durch die Vergabe von Fortbildungspunkten nicht zu kompensieren ist.
- Mangelnde Solidarität und Unterstützung durch Kollegen, Eltern und Schulaufsicht bei Konfliktsituationen.
- Keine bzw. nur ungenügende Entlastung bei Einsatz in mehreren Korrekturfächern, was sich wegen fehlender Routine besonders nachteilig auswirkt.

Bei alledem darf nach Auffassung des VBE Eder-Schwalm die Kehrseite der Medaille nicht übersehen werden. „Die Jungfuchse“, so Regionalverbandsvorsitzender Karl-Heinz Auel, Homberg, „haben aber auch eine klare Bringschuld zu erfüllen, sie sollten sich nicht gerieren, als seien sie der Nabel der pädagogischen Welt.“ So wird an manchen Schulen darüber geklagt, dass junge Kollegen oftmals forscht und vorlaut gegenüber älteren Kollegen den Besserwisser spielen und sich mitunter als regelrecht beratungsresistent zeigen. Wenn eine ältere Kollegin beispielsweise sagt: „Die haben an uns langgediente schulische Fahrenden überhaupt keine Fragen, wie das zu unserer Junglehrerzeit die Regel war; die

scheinen schon alles zu können und zu wissen“, dann kann eine gemeinsame kollegiale und professionelle Arbeit zum Wohle der Schüler nur schwer gedeihen.

Auf diesem ungedeihlichen, oft nicht offen zu Tage tretenden Konfliktfeld, sind die Schulleiter in besonderem Maße gefordert. Sie sind gut beraten, ihre Mediatorenrolle verstärkt unter Abwägung der Interessen von Jung und Alt wahrzunehmen. Bei der Fülle der gegenwärtig auf die Schulen einströmenden Reformmaßnahmen, ist ein schwelender Generationenkonflikt das Letzte, was ein Kollegium brauchen kann.

In diesem Zusammenhang fordert der VBE-Regionalverband auch die Elternhäuser auf, sich stärker auf die Schule zuzubewegen, nicht, wie es zunehmend die Praxis ist, um auf Fehler junger Lehrer sofort mit dem „Fallbeil“ zu reagieren, sondern um zunächst das Gespräch zu suchen und Angebote zu machen, wie die schwieriger gewordene schulische Arbeit begleitet und unterstützt werden kann.

Der VBE Eder-Schwalm hatte Anfang November die Junglehrer der Region zu einem Junglehrerstammtisch nach Wabern eingeladen, wo VBE-Regionalvorsitzender Karl-Heinz Auel über das Thema „Junglehrerrolle“ referierte. Dass die Thesen Auels auf reges Interesse gestoßen waren, zeigte die anschließende Aussprache. Eine Grundschulkollegin brachte auf den Punkt, was die anderen ebenso sahen: „Ich würde niemals auf die Idee kommen, einem älteren Kollegen Ratschläge geben zu wollen, aber ich erwarte auch, dass mir Ältere auf eine höfliche Frage eine präzise Antwort geben – ohne herumzueiern!“

Roland Siebert

# Vertrauen ist gut, Wissen ist besser.

Mit der Bahn zur didacta nach Hannover ab  
Die Bahn  59€\*

Deutschland braucht Bildung.

Hannover,  
20.–24.2.2006

**didacta**  
die Bildungsmesse

- Kindergarten
- Schule/Hochschule
- Ausbildung/Qualifikation
- Weiterbildung/Beratung

 Deutsche Messe AG  
Hannover · Germany

[www.didacta-hannover.de](http://www.didacta-hannover.de)

\* z. B. Hin- und Rückfahrt 2. Klasse bis 300 km Entfernung. Das Angebot ist gültig vom 18.02.06 – 26.02.06 und buchbar über 01805-311153 (0,12 Euro/Min.). 3 Tage Vorverkaufsfrist mit Zugbindung/Verkauf ab 11.12.05. Solange der Vorrat reicht.

### Liebe Kolleginnen und Kollegen im VBE Hessen!

Einige von Ihnen wechseln ihren Dienstort und/oder ziehen um oder wechseln die Bankverbindung, andere bestehen Prüfungen, einige werden befördert ... Es gibt noch mehr Gründe, die Sie uns mitteilen sollten, damit wir Sie auch in Zukunft gut betreuen können. Bitte die Änderungsmitteilung zuerst an den Landeskassenwart schicken, damit keine Fehlbuchungen vorgenommen werden. Der Landeskassenwart schickt Ihre Änderungsmeldung unmittelbar an die Geschäftsstelle.

### Änderungsanzeige – auch in Ihrem Interesse

Bitte füllen Sie das Formular aus und senden es an:

Herrn Franz Schrehardt, VBE-Landeskassenwart, Am Berg 23, 36145 Hofbieber.

#### Bitte unbedingt angeben!

Name, Vorname:

Geburtsdatum:

#### Alte Anschrift:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

#### Neue Anschrift:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Telefon, Fax:

E-Mail:

Besoldungsgruppe

alt:

neu:

#### Neue Bankverbindung:

Konto-Nr., BLZ:

Bankverbindung:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

# didacta 2006

## Interview mit Andreas Baer, MA, Geschäftsführer des VdS Bildungsmedien e. V.

### Redaktion „LEHRER UND SCHULE“

Herr Baer, Ihr Verband VdS Bildungsmedien ist einer der drei Ausrichter der »didacta/die Bildungsmesse« Februar 2006 in Hannover. Dieser Standort wird natürlich mit der CeBIT in Verbindung gebracht. Worin unterscheidet sich Ihre Messekonzeption?

### Baer/VdS Bildungsmedien e. V.:

Die didacta ist durch die Einteilung in vier Ausstellungsbereiche – Vorschule/Kindergarten, Schule/Hochschule, Ausbildung/Qualifikation und Weiterbildung/Beratung – übersichtlicher und konzentriert sich auf die Themen und Probleme des Bildungssystems in Deutschland. Im Ausstellungsbereich ist die didacta mit 600 bis 700 Ausstellern zwar kleiner als die international ausgerichtete CeBIT. Im Kongressbereich mit über 1.000 Vorträgen, Präsentationen und Diskussionsrunden erreicht sie allerdings CeBIT-Niveau. Keine andere Bildungsmesse in Europa bietet derart viele Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten.

### Redaktion „LEHRER UND SCHULE“

Ein umfangreicher Produkt-, Dienstleistungs- und Brainstorming-Rahmen für eine Messe. Welche Adressaten im Bildungs- und Erziehungswesen wollen Sie besonders ansprechen?

### Baer/VdS Bildungsmedien e. V.:

Schon von der Bedeutung her bildet der schulische Bereich einen natürlichen Schwerpunkt der Messe. Angesprochen sind aber Pädagogen aller Fachrichtungen und Lernorte. Die nun auch von der Politik als vorrangig erkannte Notwendigkeit der besseren Kooperation von Vorschule und Schule und von Schule und beruflicher wie auch universitärer Bildung stützt das didacta-Konzept einer Messe für alle Bildungsbereiche.

### Redaktion „LEHRER UND SCHULE“

Herr Baer, der Mensch lebt nicht von Brot allein, das soll auch für Ihre Messebesucher gelten. Welche Anregungen dürfen sie bei den Foren, Seminaren und Kongressen erwarten?

### Baer/VdS Bildungsmedien e. V.:

Im Ausstellungsbereich kann sich der Besucher über neue Lernmittel und Lerntechnik

aller Art informieren. Im Kongressbereich werden neue Konzepte, Unterrichtsansätze und Gestaltungsideen vorgestellt und diskutiert. Das Anliegen der Messe ist, konkrete Tipps und Hilfen zur Umsetzung der angelauteten Bildungsreformen in den Unterricht zu bieten.

### Redaktion „LEHRER UND SCHULE“

Sie wissen ja, die öffentliche Hand und die freien Träger tun sich schwer bei der Finanzierung von Qualitätsoffensiven. Da stellt sich natürlich bei den Fachbesuchern die Frage, wie können wir an der Messe teilnehmen, die so viele Anregungen beispielsweise für den Schul- und Kita-Alltag hat?

### Baer/VdS Bildungsmedien e. V.:

Im Rahmen der jeweilig geltenden Bestimmungen wird zur didacta Lehrerdienstbefreiung gewährt. Die Messeveranstalter unterstützen Busgruppenreisen zur Messe mit einem Zuschuss und verbilligten Eintrittskarten. Unser Ziel ist es, den Messebesuch möglichst bequem und preiswert zu gestalten.

### Redaktion „LEHRER UND SCHULE“

Eine abschließende Frage: Die übergroße Zahl der Besucher werden wohl Beschäftigte im Schul- und Hochschulbereich der Länder sein. Die Messe trägt z. B. erheblich zur Qualifizierung der öffentlich Bediensteten bei, ohne dass die Kultusminister einen Pfennig dafür zahlen. Welche Erwartungen haben Sie deshalb an die Kultusminister im Hinblick auf die Messebeteiligung?

### Baer/VdS Bildungsmedien e. V.:

Die didacta 2006 in Hannover wird – dies kann man jetzt schon sagen – die größte Lehrerfort- und -weiterbildungsveranstaltung des Jahres sein. Für die Kultusministerien ist dies eine einmalige Gelegenheit, mit den Lehrerinnen und Lehrern in den Diskurs zu treten, die eigenen Positionen darzulegen und im Gespräch zu überprüfen. Die Kooperationsbereitschaft des niedersächsischen Kultusministeriums bei der Vorbereitung der Messe lässt mich nicht daran zweifeln, dass diese Gelegenheit wahrgenommen wird.

## Gruppenfahrten mit Bus oder Bahn – preiswert und bequem zur didacta!

### Gruppen & der Bus:

Zur didacta 2006 – die Bildungsmesse in Hannover – bieten der didacta-Verband, der VdS Bildungsmedien e. V. sowie die Deutsche Messe AG einen Bus-Bonus in Höhe von 102,00 € je Bus an.

Genießen Sie eine entspannte Fahrt mit dem Reisebus zur didacta mit Kollegen und Freunden! Nutzen Sie den Vorteil des ermäßigten Gruppentickets von nur 10,00 € pro Person inklusive fünf kostenloser Kataloge pro Gruppe.

### Bedingungen für den „Busreisebonus didacta 2006 Hannover“:

- Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen pro Bus-Charter.
- Antragstellung: Das Formular zur Antragstellung erhalten Sie bei der Deutschen Messe AG, Incoming-Service, unter dem Stichwort „Antragsformular Bus-Bonus“, E-Mail: incoming@messe.de, Fax: 05 11 / 89-3 22 92 – Kopie der Rechnung oder Quittung zu Charter oder Kopie des Chartervertrages (mit Vermerk „didacta 2006 Hannover“).

Wichtig: Bitte senden Sie das ausgefüllte Antragsformular mit Ihrer Rechnungskopie an folgende Faxnummer: 05 11 / 89-3 22 92 oder per Post an:  
Deutsche Messe AG,  
Incoming-Service,  
Messegelände, 30521 Hannover  
(Einsendeschluss: 10. Februar 2006).  
Auskunft zum Bus-Bonus erhalten Sie unter der Telefonnummer: 05 11 / 89-3 45 67.

### Gruppen & die Bahn:

Mit der Bahn können Reisegruppen ab 6 Personen bequem zur didacta 2006 nach Hannover und zurückreisen. Bei frühzeitiger Buchung (mindestens 14 Tage vor Abfahrt) gibt es bis zu 70 % Ermäßigung, sofern freie Kontingente zur Verfügung stehen. Nähere Informationen zum „Gruppe & Spar-Ticket“ erhalten Sie in Ihren DB-Reise-Zentren, Reisebüros mit DB-Lizenz, beim telefonischen ReiseService (Telefon: 0 18 05 / 99 55 11 – gebührenpflichtig) und online unter [www.bahn.de](http://www.bahn.de).

*Ius fix*  
(R)(r)echt schnell

Das hessische Schulgesetz und wichtige Verordnungen und Erlasse für den Schulalltag auf einer CD präsentiert Ihnen der Verband Bildung und Erziehung, Landesverband Hessen e. V.



*Ius fix* ist zu bestellen bei:  
VBE-Landesgeschäftsstelle Hessen  
Postfach 12 09 · 63530 Mainhausen  
Tel.: 06182 897510 · Fax: 06182 897511 ·  
E-Mail: [vbe-he@t-online.de](mailto:vbe-he@t-online.de)

Kostenbeitrag: € 10,-  
(Mitglieder € 5,-)  
einschließlich Versandkosten



Der Verband Bildung und Erziehung – Landesverband Hessen –  
hat seinen langjährigen Vorsitzenden und  
Landesehrenvorsitzenden verloren.

## Heinz Popp

\* 27.07.1933 † 3.11.2005

Heinz Popp hat den VBE Hessen entscheidend mitgeprägt  
und ihn zu einer selbstständigen, unabhängigen und  
geachteten Lehrgewerkschaft entwickelt.

Bis zu seinem Tode hat er sich unermüdlich für die Belange  
der Lehrkräfte, zuletzt der Pensionäre, eingesetzt und für ihre  
Interessen gearbeitet.

Der VBE Hessen verliert einen großen Menschen und einen  
tatkraftigen Mitstreiter.

**Wir trauern mit der Familie und den Angehörigen!**

### In memoriam

## Heinz Popp

Landesvorsitzender des VBE  
(1980–1990) und Ehren-  
vorsitzender des VBE Hessen



Heinz Popp, der Kapitän geht von Bord –  
April 1990. Foto: H. Beck

Eine Nachricht, wie ein Schock, wenn  
man gerade mal vergnügt aus dem  
Urlaub zurückkehrt und nicht mal per-  
sönlich mehr Abschied nehmen konnte.

Es bleiben Erinnerungen an eine fast 30-jäh-  
rige intensive und freundschaftliche Zusam-  
menarbeit im Landesverband Hessen. Wir

lernten uns als benachbarte Kreisvorsitzende  
Odenwald und Bergstraße Mitte der 70er-  
Jahre kennen. Gleiche Probleme, gleiche Auf-  
gaben – ein erster Gedankenaustausch und  
gegenseitige Hilfe begannen.

Popp begann damals das VBE-Mitteilungs-  
blatt herauszugeben. Mich faszinierte sein  
umfängliches schulpolitisches und verbands-  
internes Wissen, seine zupackende Art, die  
Dinge anzugehen und sein unermüdlicher Ein-  
satz für seine Kollegen.

Heinz Popp wurde im Mai 79 für den VBE über  
die gemeinsame Liste des DLH in den Haupt-  
personalrat gewählt. 1980 wählte ihn die  
Delegiertenversammlung in Nachfolge des  
langjährigen VBE-Vorsitzenden Josef Jung  
zum Landesvorsitzenden. In dem am gleichen  
Tag gefassten Beschluss der Delegiertenver-  
sammlung, die Mitgliedschaft im DLH zu kün-  
digen, sah Popp den Auftrag, den VBE als  
eigenständige dritte Kraft in der hessischen  
Lehrerschaft aufzubauen und darzustellen.  
Dies ist ihm nachhaltig gelungen.

„Unsere Aufgabe als VBE ist nicht Politikersatz  
sondern Politikberatung“ ...

„Unsere wichtigste Aufgabe ist unser Dienst  
am Arbeitsplatz Schule. Die Arbeit als Lehrer  
gewissenhaft zu erfüllen gibt uns das Recht  
und die Pflicht, uns für die Verbesserung der  
Schule und unsere Arbeitsbedingungen ein-  
zusetzen“, so einige seiner Grundsätze, unter  
denen Popp seine Führungsaufgabe ver-  
stand.

Er baute die VBE-Geschäftsstelle auf, sorgte  
für ein neues Grundsatzprogramm, neue Sat-  
zung und eine neue Finanzordnung.

Er führte den VBE Hessen aus dem unsäg-  
lichen Streit zwischen gegliedertem und inte-  
griertem Schulwesen heraus mit der nüch-  
teren Feststellung: Schule braucht mehr als die  
Lösung von Strukturfragen. Wir brauchen  
neue Inhalte, Werterziehung, ein ausgewoge-  
nes Verhältnis von Fordern und Fördern und  
bessere Arbeitsbedingungen an allen Schulen.  
Er akzeptierte die unterschiedlichen Schulfor-  
men in Hessen und warb für die vom Bundes-  
verband entworfene „Regional angemessene  
Schule“, wenn auch mit wenig Erfolg.

Er ließ auf dem Grundschultag das VBE-  
Grundschulpapier (1983) und auf dem Haupt-  
schultag des VBE das VBE-Hauptschulpapier  
(1985) breit diskutieren. Vor allem pflegte er  
regelmäßige Gespräche mit Landesregierung,  
den politischen Parteien im Landtag und allen  
für Schule relevanten Gruppierungen. Wer  
Popp dabei und in zahlreichen anderen Sit-  
zungen beobachtete, bemerkte: Er breitete vor  
sich eine Fülle von Akten aus, die ihn im Laufe  
der Sitzung heillos zu verwirren schienen.  
Doch das täuschte: Popp fiel auf durch genaue  
Detailkenntnisse, beschränkte sich auf das  
Wesentliche, signalisierte Einverständnis, zog  
jedoch deutliche Grenzen zum Unerträglichen.

Im Zentrum seiner Verbandsarbeit stand für  
Popp die Betreuung, Beratung und der Rechts-  
beistand seiner Mitglieder.

So blieb er nach Verabschiedung als Landes-  
vorsitzender 1980 vor allem für ältere Kolle-  
ginnen und Kollegen oft erste Anlaufstelle für  
Beratung, nahm weiterhin regen Anteil am  
Verbandsleben und bot nach seiner Pensionie-  
rung 1997 der Landesleitung die Betreuung  
der Pensionäre an, die er bis in seine letzten  
Tage wahrnahm.

**Der VBE ist Popp zu großem Dank ver-  
pflichtet.**

Persönlich darf ich heute zurückgeben, was er  
mir 1997 zum Ausscheiden aus dem Amt des  
Landesvorsitzenden schrieb:

„Persönlich möchte ich dir aber ganz herzlich  
danken

- für deine große Hilfe, deine Kollegialität  
und dein Verständnis während meiner  
Amtszeit,
- für deinen Einsatz in einer schwierigen Zeit  
und last, not least
- für die persönlichen und freundschaftlichen  
Gespräche und Kontakte über 20 Jahre hin-  
weg.“

Er ruhe in Frieden.

*Sigurd Zehnbauer  
Ehrenvorsitzender*

## Religionsunterricht

Der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ist durch das Grundgesetz Artikel 7 - außer in Berlin und Bremen - uneingeschränkter Bestandteil des Pflichtunterrichts. Dennoch hat er eine Sonderstellung:

- Er ist der einzige Unterricht, der durch das Grundgesetz geschützt ist.
- Er ist der einzige Unterricht, zu dessen Erteilung die rein staatlichen Prüfungen und Beauftragungen nicht ausreichen.
- Er ist der einzige Unterricht, zu dessen Erteilung laut Grundgesetz kein Lehrer gezwungen werden kann.
- Er ist das einzige ordentliche Lehrfach, das ein individuelles Abmelderecht für jeden einzelnen Schüler kennt.

Die Sonderstellung des Religionsunterrichts entspricht den Prinzipien eines freiheitlichen, demokratischen und pluralistischen Rechtsstaates, der sich bewusst ist, dass er von Voraussetzungen zehrt, die er nicht selber hervorbringen kann und dem daran gelegen ist, dass die ihn tragenden Gruppen ihre Grundüberzeugungen einbringen können.

In Deutschland gibt es Überlegungen, die in Berlin bereits umgesetzt worden sind, in einem Werteunterricht durch staatlich bestellte Lehrer „religiös, weltanschaulich neutral“ über verschiedene Religionen und Moralvorstellungen zu informieren, um auf diese Weise zur Toleranz zu befähigen. Durch Wissen soll die Angst vor dem Fremden genommen werden. In einer solchen Konzeption wird auch die eigene Kultur, Tradition, Religion relativiert. Das Prinzip des „objektiven Vergleichs“ soll zum Prinzip der Erziehung werden, obwohl diese wissenschaftliche Methode nicht als Grundlage letzter Wertentscheidungen tragen kann.

Für Gläubige ist der Glaube an den Schöpfergott die sicherste Gewähr der Menschenwürde. Diesen Glauben kann und darf man niemandem aufzwingen. Man kann aber von Nichtgläubigen verlangen, dass sie diese Überzeugung respektieren und gläubigen Mitbürgern nicht das Recht bestreiten, in religiöser Sprache Beiträge zur öffentlichen Diskussion zu machen.

Der Religionsunterricht hat in unserer pluralistischen Gesellschaft große Bedeutung, weil

- er Antworten auf die Frage nach dem Sinn menschlichen Daseins und Beispiele für gelungenes Leben bietet,
- er die Frage nach Gott offen hält und somit vor totalitären Ansprüchen von Staat und Gesellschaft und Gruppen schützt,
- er die individuelle Bekenntnisfähigkeit in unserer pluralen Gesellschaft stärkt. Er fördert die Toleranz, indem er dazu befähigt, die eigene Überzeugung zu vertreten und zugleich freimütig mit Menschen, die anderen Überzeugungen anhängen, ins Gespräch zu kommen,
- er über die Frage der Ethik: „Was soll ich tun?“ hinausgeht und auch Antworten auf die Frage bietet: „Was darf ich hoffen?“,
- er die Frage nach dem Verhältnis von Freiheit, Recht und dem Guten stellt und die Wahrnehmungsfähigkeit für die grundlegenden Werte der Menschheit fördert,
- er die Identität Europas, die sie tragende Kultur und Wertewelt stärkt.

*(Die Resolution wurde auf der Bundesvertreterversammlung des VBE am 26. Nov. 2005 in Würzburg beschlossen.)*